Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

5. Jahrgang Nr. 10
20. Oktober 1976
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Eine Hochschule wehrt sich
für den chilenischen Oekonomen Mario Duran Vidal, der an der Uni Konstanz nach dem Willen des Kultusministeriums nicht angestellt werden soll. *Seite 3*

«Überqualifikation erwünscht»
meinen die Vertreter der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) *Seite 4*

Selbstgebastelte Unigesetze
sieht der VSS nach einem Rundblick durch die Schweizer Unigesetzgebung *Seite 5*

Ein Brief aus Bolivien
und Informationen der «amnesty international» beschreiben Zustände im Kontinent der Unterdrückung *Seite 7*

und wie immer:
Tips, Kontaktinserate, Hinweise und ein aktuelles Kurzinterview

Einige unkeusche Angaben über den «Tagi-König» Coninx:

Versteuertes Reineinkommen
1965: 638 900 Fr.
1970: 1 328 800 Fr.
1975: 2 081 300 Fr.

Versteuertes Reinvermögen
1965: 12 146 000 Fr.
1970: 28 090 000 Fr.
1975: 40 280 000 Fr.

Der jährliche Reingewinn des «Informationsunternehmens» «Tages-Anzeiger» beträgt rund 25 Mio Fr.

Tages Anzeiger

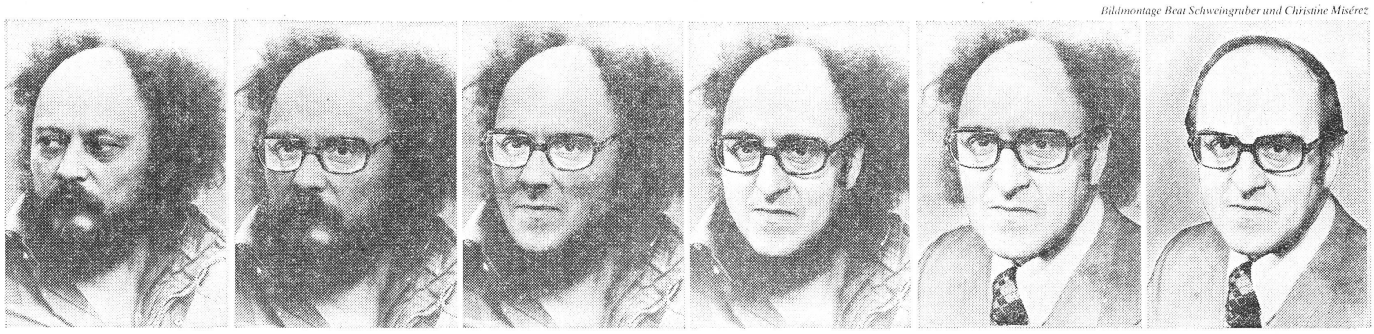
Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Einbruch von 21 Prozent bis zum Ende Februar

Lieber Herr Dr. Coninx

Dieses kleine Extrablatt Ihrer Zeitung soll Sie an Ihren 65. Geburtstag erinnern. Wenn Sie es eventuell in den Händen halten, schauen Sie noch mitten in den Festtrubeln, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie organisiert haben. Auf einem speziell eingerichteten Rundgang durch alle Betriebsstätten Ihr Projekt am Pulsen betrachtet, sie finden auf den folgenden Seiten die ersten Phasen Ihres Tagi-Parcours, noch fleckig vom Kraftstreichmarsch. Mit ein paar Bemerkungen zu frühere Zeiten und einem geschichtlichen Scheinen der Entwicklung des Tages-Anzeiger-Imperiums den letzten Schritt führen, soll die dritte Variante Ihrer Lebensbahn erlesen werden, die uns allen wichtig erscheint. Wir wünschen Ihnen weitere herrliche Kraftstreiche und danken Ihnen an heutigem Tag für Ihren Elan und alle Ihre Sorge um Personal und Leserschaft unseres Blattes.

Bildmontage Beat Schweingruber und Christine Miséroz



vorher *nach 2 Tagen* *nach 14 Tagen* *nach 4 Wochen* *nach 6 Wochen* *nachher*

Die staatlich verordnete Umwandlung des aufsässigen N. in einen tragbaren und treuen Staatsbürger

In den letzten Jahren haben sich auch in der Schweiz in alarmierendem Ausmass die Fälle gehäuft, da uneinsichtige Bürger Rechte und Freiheiten, die zu den Grundsäulen unserer demokratischen Ordnung gehören, auch tatsächlich in Anspruch nahmen und beispielsweise heftige Kritik an unserem Staatswesen und an hochstehenden Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens ausübten. Bisher ist es meistens gelungen, durch Entlassung oder sonstigen Entzug der ökonomischen Basis solche unliebsamen Elemente auszuschalten. In einzelnen besonders hartnäckigen Fällen jedoch ist die zersetzende und destruktive Tätigkeit willentlich und bewusst fortgesetzt worden. Um diesem Treiben, das die bestehende Ordnung aufs höchste gefährdet, endgültig einen Riegel schieben zu können, hat das Eidg. Justiz- und Polizeidep. im St.-Gallischen eine Eidg. Versuchsanstalt zur Umwandlung besonders exzessiver Demokratiesüchtiger (EVAZUBED) errichtet. Namhafte finanzielle Beiträge sind von verschiedener Seite zugesichert worden, u. a. vom Fürstentum Liechtenstein, vom französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, vom Kanton Appenzell-Innerrhoden, von der Zürcher Handelskammer, der Freisinnig-Demokratischen Partei Zürcher Hinterland, dem Schweizerischen Töffahrer-Club, der Vereinigung Pro Veritate sowie einem anonym bleiben wollenden prominenten Handballer aus der Ostschweiz.

Unsere Bildserie zeigt einen der ersten Patienten der EVAZUBED in verschiedenen Stadien der erfolgreich verlaufenen Behandlung. Es handelt sich um den vormals als aggressiv-gefährlich bekannten Pamphletisten N., der heute völlig zufriedenstellend als Magaziner im Staatsschutzarchiv des Bundeshauses sein Plätzchen ausfüllt.

Bisher unveröffentlichte Dokumente zum Fall Meienberg

Vom Meinungsverwalter zitiert

Meienbergs Fall aus Gunst und Gnade des «Tages-Anzeigers», der mit der Empfängnisverhütung eines Meienberg-Stücks zum Thema Demokratie und Landesverrat am Zürcher Neumarkttheater praktisch zusammenfiel, hat eine ungeahnte Publizität ausgelöst. Wir möchten den zahlreichen Artikeln* zur diesjährigen Maulkorbaktion des TA-Verlegers Coninx nicht noch einen weiteren beifügen. Hingegen gibt es dazu eine bisher noch wenig bekannte, aber bedeutungsvolle Vorgeschichte. Bereits 1973 nämlich eckte der engagierte Journalist in den oberen Etagen der zweitgrössten Schweizer Tageszeitung an, unter anderem auch wegen Artikeln, die «das konzept» von ihm veröffentlicht hatte. Meienberg wurde in der Folge zweimal vor den Chefredaktor und einmal vor die Statutenkommission zitiert. Über den Fall Meienberg und den «Tages-Anzeiger» hinaus weisen diese Unterredungen darauf hin, was in der Schweiz an Journalismus überhaupt möglich ist. Sie zeigen das Verhältnis des Chefredaktors, des obersten Meinungsverwalters also – immerhin einer der grössten und auch liberalsten Tageszeitungen der Schweiz –, zum Schreiben und zu den Schreibern. Nachstehend drucken wir den Verlauf dieser wichtigen Gespräche ab. Es sind Gedächtnisprotokolle, die Meienberg jeweils unmittelbar anschliessend niedergeschrieben hat. Dazu kommen auch bisher unbekannte Einzelheiten aus der kürzlich durchgeführten Unterredung Meienberg/Coninx.

Der ersten Unterredung ging eine längere Besprechung zwischen den «Tagi»-Redaktoren Peter Frey, Laure Wyss, Hans Tschäni, Peter Meier, Christoph Kuhn einerseits und Chefredaktor Stutzer andrerseits voraus, wobei die Rede war von der Tragbarkeit der Meienbergschen Artikel für den «Tagi». Es sollen sich bei dieser Besprechung alle ausser Hans Tschäni ziemlich stark für Meienberg eingesetzt haben. Die Besprechung war provoziert worden durch Meienbergs Artikel über den Film «La grande bouffe» (TA, 6. September 1973). Nach dem Erscheinen dieses Artikels hat Herr Stutzer alle Abteilungen der Zeitung, welche für Meienberg-Publikationen in Frage kamen, darauf vergattert, nichts mehr von ihm zu publizieren, bis er in einem Monat aus den Ferien zurück sei. Darauf entflog Stutzer in die Ferien.

I. Akt

Unterredung Stutzer/Meienberg vom 15. November 1973, 14.30 bis 17 Uhr:

Die Unterredung begann mit einem etwa viertelstündigen Kompliment von seiten Stutzers für Meienberg: wonach dieser eine einzigartige Schreibkraft sei, wie sonst «in diesem Haus» nicht mehr vorhanden, übrigens auch auf nationaler Ebene einzigartig und dann auch im ganzen deutschen Sprachraum, soweit Stutzer diesen überblicke, eine Spitzenkraft. Dies müsse er vorausschicken, damit Meienberg begreife, wie schwer ihm, Stutzer, die folgenden Bemerkungen fielen.

«Meienbergs Art ist ein ‹Quod-erat-demonstrandum-Journalismus›.» (St.)

Er habe drei hauptsächliche Bedenken anzumelden. Erstens scheine ihm Meienbergs Art ein *«Quod-erat-demonstrandum-Journalismus»* zu sein. Zweitens scheine ihm eine gewisse Doppelzüngigkeit im Meienbergschen Journalismus vorzuliegen, nämlich: im «TA-Magazin» schreibe er ganz anders als im «konzept». Drittens möchte er Aufschluss über Meienbergs politische Einstellung.

Auf die Frage Meienbergs, was denn unter «Quod-erat-demonstrandum-Journalismus» zu verstehen sei, sagte S.: M. gehe mit festen Kategorien an seine Reportagen heran, hole in der Wirklichkeit nur noch Füllmaterial, um die bereits im vornherein feststehende Konstruktion aufzufüllen. Das sei eine ziemlich *jesuitische Art* der Demonstration (M. wurde bei den Benediktinern, nicht bei den Jesuiten erzogen) und mit journalistischem Ethos eigentlich nicht recht vereinbar. Ein Journalist dürfe keine vorgefassten Meinungen haben, müsse nur Tatsachen aneinanderreihen. Darauf sagte Meienberg, dass seit Immanuel Kants Arbeiten über die Erkenntniskritik allgemein bekannt sei, dass *jedermann* mit bestimmten Kategorien an die Wirklichkeit herangehe, es frage sich nur, ob der Journalist *seine* Kategorien vom hernach gesammelten Material in Frage stellen lasse, was für ihn, M., zutreffe, soweit er das beurteilen könne. Er habe noch nie eine Reportage verfertigt, ohne über eine möglichst grosse Auswahl von positivistisch-empirisch gesammeltem Material zu verfügen, und er habe seine Auswahlkriterien schon oft im Laufe einer Reportage revidiert. Wenn er ein *Quod-erat-demonstrandum-Journalist* wäre, könnte er ja seine Reportagen am Schreibtisch verfertigen und müsste nicht immer in die Natur hinausgehen und mit den Leuten reden, er könnte es dann einfacher haben, wie manche Schreibtisch-Strategen beim «Tagi» es einfach haben.

Was die Doppelzüngigkeit betreffe, so möchte er die im «konzept» erschienenen Artikel natürlich auch am liebsten im «Tagi» publizieren; manche von diesen Artikeln, und das könnten Herr Frey und Hugo Leber bezeugen, habe er übrigens zuerst dem Magazin geschickt, wo sie aber nicht abgedruckt wurden, weil sie aus irgendeinem Grunde nicht recht gefielen. Also habe er sie dem «konzept» oder der «neutralität» angeboten oder auch dem «focus». Übrigens sei ja der inkriminierte Artikel über «La grande bouffe» genau in dem Stil wie die «konzept»-Artikel – da sei halt einmal einer im «Tagi» durchgeschlüpft –, also könne man doch nicht gut von Doppelzüngigkeit reden. Er habe einfach eine gewisse Produktion, und alles, was er produziere, biete er zuerst dem «Tagi» an: Wenn der halt nicht wolle, werde die Produktion anderweitig verwendet.

Was den inkriminierten Absatz über Pompidou angehe, «der in letzter Zeit so furchtbar aufgequollen ist», so habe er diesen Pompidou einmal beim Essen respektive Fressen beobachten können, bei einer Erinnerungsfeier in Pompidous Lycée in Albi, und da sei wirklich so drastisch gefressen worden wie in Ferreris Film «La grande bouffe», und übrigens habe auch Aron in seinem Buch «Le mangeur du 19e siècle» sehr richtig betont, dass diese Art von Essen den Höhepunkt der bürgerlich-magenbetonten Entwicklung bilde.

Was nun seine politische Einstellung anbetreffe, sagte M., so könne er sich als *Radikaldemokraten* bezeichnen, das heisst, er wünsche radikale Demokratie auf allen Gebieten.

«Radikale Demokratie kann in einem bestimmten Zeitpunkt auch verlangen, dass man auf die Barrikaden geht.» (M.)

Er sei also kein Stalinist, er finde auch, im gegenwärtigen Zeitpunkt sei Gewaltanwendung von linker Seite gar nicht empfehlenswert, weil sie das Gegenteil der angestrebten Wirkung zur Folge hätte. Nur müsse man auch sagen, und vor allem nach den Ereignissen in Chile, dass die Rechte halt den Willen des Volkes nicht respektiere, wenn sich dieser Wille *nur* elektoralistisch ausdrücke und keine anderen Machtmittel als die Stimmabgabe zur Verfügung habe. Radikale Demokratie könne in einem bestimmten Zeitpunkt, wenn nämlich die herrschende Minderheit ihre Macht nicht abgeben wolle, auch verlangen, dass man auf die *Barrikaden* gehe, um diese Minderheit mit allen Mitteln zu entmachten. Darauf sagte Herr Stutzer, in einer solchen Situation würde auch er auf die Barrikaden gehen, und das Beispiel Chile habe *ihm* auch furchtbar zu denken gegeben. Darauf sagte Meienberg: Dann sind wir ja einig, und ich kann Ihnen vielleicht noch einige Tips geben für den Barrikadenbau, den ich 1968 im Mai in Paris lernen durfte. (Vgl. «konzept» Nr. 7/75.)

Dann besprachen St. und M. einige Artikel des letzteren, (. . .) worunter auch den «Tod durch Erschiessen», in dem M. die Situation zu sehr zugespitzt habe. (Diese Reportage diente später als Vorlage zum Film «Die Erschiessung des Ernst S.» von Richard Dindo und N. M., Red.) Die Sache mit den Erschiessungen habe sogar Herrn Tschäni, der Meienberg sonst immer unterstütze, sehr zu denken gegeben, und sogar der *Sohn* von Tschäni habe gesagt, das sei ein mit den letzten Mitteln der Raffinesse und allerfeinster Agitation geschriebener Artikel, derart raffiniert, dass man die Manipulation kaum merke.

«M. bekennt nicht sofort Farbe, aber die Ideologie kommt so ‹une ine›.» (St.)

Überhaupt, im allgemeinen sei festzuhalten, dass die Agitation bei M. nie offen be-

* Die *«LeserZeitung»* brachte in ihrer Ausgabe Nr. 40 vom 5. 10. 76 zwei absolut lesenswerte Beiträge:
- «Presse unter Druck», eine gut fundierte Zusammenstellung zahlreicher und meist erfolgreicher Druckversuche von aussen (Inserenten) auf Verleger und Redaktionen der Schweizer Presse, und
- «Die Coninx Connection», ein Interview mit Niklaus Meienberg, das den Verleger Coninx und die Verhältnisse auf der TA-Redaktion ausgezeichnet porträtiert.

In der Wochenendbeilage der *«National-Zeitung»* vom 9. 10. 76 hat Meienberg seine publizistische Grundhaltung in einer fiktiven Gerichtsverhandlung verteidigt.

Der September fand statt . . .

. . . und damit auch das September-«konzept». Den September sehen Sie nicht wieder. Verpasst ist verpasst. Aber «das konzept» im September . . . das ist noch zu haben. Mit Informationen über:

das Bankgeheimnis in der Schweiz
Auszüge aus Jean Zieglers Buch «Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben».

Gesamtverteidigung
Dr. Hansjörg Braunschweig vertritt «Unmilitärische Standpunkte» in der Diskussion um militärische und zivile Landesverteidigung.

Schweizer Bildungswesen
«. . . mal einen Pflasterstein werfen», meint die Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF), damit in der Bildungspolitik endlich etwas geschieht. GHF-Präsident Anton E. Schrafl und GHF-Geschäftsführer Günter Latzel geben Auskunft.

Folgen des Vietnamkrieges
Die amerikanische Aggression in Vietnam hat ökologische Folgen, unter denen Vietnam noch Jahre leiden wird. Auch das Seveso-Gift TCDD wurde unter anderem als Entlaubungsmittel eingesetzt.

Daneben viele Tips, Hinweise und kleinere Artikel

Talon ausfüllen und einsenden an «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Ich bestelle . . . Ex. der Septembernummer und lege pro Ex. 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

Name

Vorname

Strasse

PLZ, Ort

trieben werde, M. bekenne nicht sofort Farbe, aber die Ideologie käme so «une ine», von unten herein, ganz subtil hineingemixt, in einem Nebensatz, und natürlich in der allgemeinen Optik. (Während Herr St. «une ine» sagte, machte er mit der hohlen Hand so eine Bewegung, in Form eines Halbkreises von unten hinauf, als ob er Wasser schöpfen würde). Überhaupt müsse er sagen, dass in «diesem Haus» einige Leute, ziemlich zahlreich sogar, sässen, welche überzeugt seien, dass M. ein mit allen Wässern der Dialektik und Agitation gewaschener Agitator sei, so schlau, dass man die Agitation oft erst im nachhinein merke und sich dann unangenehm berührt am Kopf kratze.

Darauf sagte M., er sei bei keiner Partei, auch habe er nicht in Moskau Kaderkurse für journalistische Unterwanderung besucht, sei weder von Peking noch von Havanna ferngesteuert, er könne sich mit keiner dieser Hauptstädte ganz einverstanden erklären. Stutzer sagte, er selbst gehöre nicht zu diesen Leuten, welche die Sache mit dem «mit allen Wässern gewaschenen Meienberg» denken, aber es habe eben viele solche Leute auf der Redaktion. (. . .)

Stutzer sagte, auch Tschäni habe gefunden, die Methoden des M. seien nicht immer ganz stubenrein; zum Beispiel in Sankt Gallen

«M. sei ein mit allen Wassern der Dialektik gewaschener Agitator, so schlau, dass man die Agitation oft erst im nachhinein merke und sich dann unangenehm berührt am Kopf kratze.» (St.)

habe er die Gastfreundschaft eines Freundes missbraucht, indem er Informationen weitergegeben habe, die er an einer Party erfahren habe, zu der er nicht als Journalist, sondern einfach als «Mensch» eingeladen worden sei. Darauf sagte M., bei ihm gebe es keinen Unterschied zwischen dem Journalisten und dem Menschen, und wenn er an einer Party etwas Wichtiges, für die Öffentlichkeit Wichtiges, erfahre, so müsse er dieses der Öffentlichkeit weitergeben, auch wenn die kleine Gruppe von privilegierten Party-Machern mit diesem Weitergeben nicht einverstanden sei. Die Öffentlichkeit gehe vor. (Glosse «Party in Vietgallen» vom Frühjahr 1973, über den Besuch eines amerikanischen Vietnam-Generals im sanktgallischen Establishment, welches diesen General unter Ausschluss der Öffentlichkeit empfing, am sanktgallischen Millionärshügel, wobei dem General mitgeteilt wurde, «die St.-Galler stehen voll und ganz hinter dem amerikanischen Engagement in Vietnam».) Im Zusammenhang mit dieser Party von «Gastfreundschaft» oder «Missbrauch» derselben zu sprechen, sei doch wohl ein grosses Wort, meinte M. Übrigens habe er vor der Publikation dieser Informationen noch Frau Wyss konsultiert, welche ihm ausdrücklich riet, die Sache zu publizieren, weil interessant für die Öffentlichkeit.

Stutzer sagte abschliessend, jetzt müsse er sich alles nochmals überlegen, was M. jetzt gesagt habe, stimme nicht mit dem Eindruck zusammen, den er, St., von Meienbergs Artikeln sonst gehabt habe. M. solle in der nächsten Woche oder so zur zweiten Runde der Besprechung nach Zürich kommen, die Zeitung werde ihn von Paris einfliegen lassen.

Nachtrag zum 1. Akt: St. meinte, weiter nach links als bis zum rechten Flügel der Sozialdemokraten könne ein «Tagi»-Journalist nicht gehen.

«Der Journalist sammelt möglichst objektiv möglichst viele Fakten, die er dann wie Perlen an einer Gebetschnur aufreiht.» (St.)

II. Akt

Unterredung Stutzer/Meienberg vom 10. Dezember 1973, ca. 14.30 bis 16 Uhr

Eingangs eröffnete Herr St. dem M., dass er jetzt wieder schreiben dürfe im «Tagi», es habe ja wohl keinen Wert, den M. verändern zu wollen, man nehme ihn so, wie er sei, oder man nehme ihn nicht. Damit erklärte sich M. einverstanden. Herr St. kam dann wieder auf alle Punkte der ersten Unterredung zu sprechen, und M. musste von neuem auf ähnliche Weise argumentieren. Die Fragen waren dieselben wie das erste Mal, die Antworten auch, *als ob die erste Unterredung nicht stattgefunden habe.*

Den M. ermüdete diese Art von Sitzung etwas. Neu in der zweiten Unterredung war, dass St. den M. einen Schriftsteller nannte, nicht einen Journalisten. Der Unterschied bestehe darin, dass der Journalist wie Perlen an einer Gebetschnur aufreihe, während es das Charakteristikum des Schriftstellers sei, dass er typisiere und einen einzigen Fall vertiefe –. Halt der Unterschied zwischen objektiv und subjektiv.

«Der Tod der ‹AZ› geht vielleicht zum Teil auf Kosten des ‹Tagi›, jedenfalls wird der ‹Tagi› davon profitieren.» (St.)

Stutzer: Dann in bezug auf den Pluralismus (Meinungspluralismus) sei festzuhalten: Der «Tagi» werde immer mächtiger, der Tod der «AZ» gehe vielleicht zum Teil auf das Konto des «Tagi», jedenfalls werde der «Tagi» vom Tod der «AZ» profitieren. Deshalb, weil der «Tagi» so mächtig werde, schaue man ihm genau auf die Finger, und wenn dann einer wie M. komme und im «konzept» so ganz radikale Meinungen habe und andrerseits auch im «Tagi» schreibe, so empfinde man das doch als störend. *Wer genau* das als störend empfinde, wollte Herr St. nicht sagen.

M. meinte, anstatt alle Journalisten auf einen goldenen Mittelweg zu verpflichten, auf einen Journalismus des Zentrums, könnte der Pluralismus doch auch darin bestehen, dass sich die Meinungen im «Tagi» *frei konfrontieren,* dass zum Beispiel ehemalige linke «AZ»-Journalisten im «Tagi» unterkommen, weil ja der «Tagi» einen Teil des «AZ»-Publikums geschluckt habe. Die rechtsgewickelten Journalisten wie Leibacher, «Bluntschli» (die galoppierende Spiessbürger-Rechte) und Valsangiacomo dürften ja auch frei schreiben im «Tagi», weshalb also die Linken nicht? Darauf entgegnete St. nichts.

«In der Schweiz ist der Watergate-Journalismus noch nicht nötig.»

Der M. meinte, ob sich nicht der «Tagi» ein wenig mehr profilieren könne, im Sinne vielleicht des «*Le Monde*» mehr «Tribunes libres» oder «Libres Opinions» abdrucken oder wie die «*Washington Post*» den Regierenden etwas mehr mit hart recherchierten Sachen an den Karren fahren? Etwas mehr Politik machen, Bürgersinn fördern wie die «Washington Post», die Watergate ausgrub? Herr St. wurde sehr skeptisch und sagte: Was wäre passiert, wenn all die Watergate-Dinge, die die «Washington Post» herausgefunden hat, nicht gestimmt hätten? Dann wäre die «Washington Post» schön dagestanden! Darauf sagte M., die Originalität der «Washington Post» habe ja gerade darin bestanden, dass die von ihr ausgegrabenen Sachen *gestimmt hätten* . . .

Herr St. meinte, in der Schweiz sei der «Washington Post»-Journalismus noch nicht nötig, weil in der Schweiz ein Journalist noch vornedurch, und nicht hintendurch in der Art eines Rechercheur-Detektivs, alle nötigen «News» und Fakten erhalten könne. M. glaubte dieses gerade nicht, und wenn er die Glosse «Party in Vietgallen» geschrieben habe (siehe erstes Gespräch), so gerade deshalb, weil die in Sankt Gallen Regierenden an einer Pressekonferenz, die fürs Volk bestimmt sei, nicht dieselben Dinge über den Vietnamkrieg sagten wie im kleinen Zirkel unter sich am Millionärshügel.

Dem Volk die Doppelzüngigkeit der Regierenden zu zeigen, sei aber gerade eine lohnende Aufgabe des ihm vorschwebenden «harten», jedoch korrekten und gerechten Journalismus, sagte M. Er habe dies nämlich bei einem kurzen Aufenthalt in der «Columbia Graduate School of Journalism» gelernt, diese Funktion des demokratischen «muckraking journalism». In der Schweiz sei jedoch die Gewohnheit, bei einem ungewohnten (für die *Regierenden* unbequemen) Artikel nicht zu fragen: *Stimmt er?*, sondern: *Darf man das sagen?* Das scheine ihm eine schlechte Gewohnheit, sagte M., und sie sollte eigentlich verschwinden.

«In der Schweiz besteht die Gewohnheit, bei einem unbequemen Artikel nicht zu fragen: Stimmt er?, sondern: Darf man das sagen?»

Zum Abschluss, und nachdem alle im ersten Gespräch angetupften Fragen noch je mindestens zweimal angetupft worden waren, ohne dass dabei ein neues Element herausgekommen wäre, sagte St., *ihn* habe M. nun ziemlich überzeugt, jedoch gäbe es noch verschiedene Herren, die noch nicht überzeugt seien, und er solle doch bitte nochmals einfliegen von Paris (auf «Tagi»-Kosten), damit er vor der *Statutenkommission* dieselben Dinge nochmals wiederholen könne, im Hinblick auf eine Überzeugung der Statutenkommissions-Herren; nämlich die Herren Riesco (Werbechef), Coninx (der junge Coninx, Sohn des Besitzers der Zeitung), Tschäni, Meier und er selber möchten das alles nochmals hören. (Die Statutenkommission des TA setzt sich aus zwei Vertretern der Geschäftsleitung, zwei Vertretern der Redaktion sowie dem Chefredaktor zusammen. Damit war M. einverstanden. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. Es erfolgte noch ein Handschlag.

III. Akt

Unterredung Statutenkommission/Meienberg, Anfang 1974, mittags

Das Gespräch mit der Statutenkommission, welches bei einem vom «Tagi» gespendeten Essen in einem speziellen, neben der «Tagi»-Kantine gelegenen, lauschigen Esszimmer stattfand, Anfang 1974, ergab keine wirklich neuen Elemente. Ein bekömmlicher Wein

«Den Journalistenberuf kann man gerade aufstecken, wenn man nur die (von den Regierenden) für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen weitergeben will.» (P. M.)

wurde kredenzt, das Essen machte einen gegenüber dem Kantine-Essen leicht aufgebesserten Eindruck. Der Konversationston war ein angenehmer. Hans Tschäni kam wieder mit der «Party in Vietgallen» hinter dem Berg hervor, sagte, M. habe damals doch wohl, so scheine ihm, die Gastfreundschaft missbraucht, und Nationalrat Oehler (Chefredaktor der «Ostschweiz», der unter den Partygästen war und den amerikanischen General für das US-Engagement in Vietnam beglückwünscht habe) habe ihm einen empörten Brief über Meienberg geschrieben.

Drauf erwiderte M., er könne wie gesagt bei sich selbst keinen Trennungsstrich zwischen dem Menschen und dem Journalisten ziehen, die beiden Qualitäten seien bei ihm deckungsgleich, und wenn er als Mensch an eine Party eingeladen sei, wo eine für die Öffentlichkeit wichtige Sache bekannt werde, dann müsse er als Journalist eben darüber schreiben, auch wenn das für die Regierenden nicht bekömmlich sei. Dabei wurde M. von Peter Meier, Kulturredaktor, heftig unterstützt, welcher sinngemäss sagte: Wenn er in bezug auf die Ereignisse beim Schauspielhaus immer nur die offiziellen Communiqués der Schauspielhaus-Leitung hätte benutzen wollen, dann wäre überhaupt keine eigentliche Information möglich gewesen, und

«Als Offizier und Historiker habe ich die Geschichte über die Landesverräter als unangenehm und provokant empfunden.» (C. jun.)

selbstverständlich habe er immer Dinge weitererzählt bzw. geschrieben, die er auf zufällige und «vertrauliche» Weise in Erfahrung habe bringen können. Den Journalistenberuf könne man gerade aufstecken, wenn man nur die für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen (= von den Regierenden für die Öffentlichkeit bestimmt) weitergeben wolle.

Der junge Herr Coninx, Sohn des Verlegers und präsumtiver Erbe des «Tages-Anzeigers», sagte, «er als Offizier und Historiker» habe die Geschichte über die Landesverräter («Tod durch Erschiessen») als etwas unangenehm und provokant empfunden, ob M. bei den betreffenden Recherchen auch mit der notwendigen Sorgfalt vorgegangen sei und nicht extra solche Fälle ausgewählt habe, bei denen die Armee besonders schlecht wegkomme? M. sagte, er habe alle Fälle der siebzehn Erschossenen studieren wollen, sei aber nur für die Nachmittage an die Akten herangelassen worden und habe in dieser Zeit nur drei Fälle konkret exzerpieren können, welche jedoch, nach einer flüchtigen Durchsicht der Papiere, ihm einen ziemlichen Querschnitt durchs Problem abzugeben

Fortsetzung auf Seite 3

Jean Ziegler

Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben

In allen Buchhandlungen Fr. 20.60

Jean Ziegler, Schweizer Nationalrat klagt an: Bank- und Industriemagnaten, die das Land beherrschen, und das Land, das sich diese Herrschaft leistet.

Luchterhand

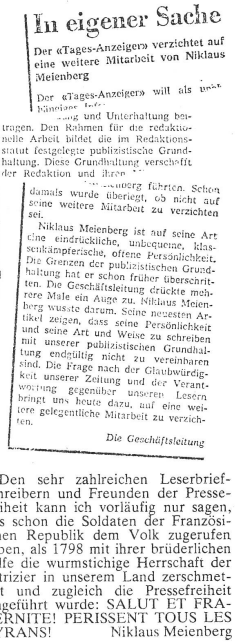
NEU: WÖRTERBUCH DER PSYCHOLOGIE

Pahl-Rugenstein Verlag Köln 1976 (Lizenzausgabe des Verlages Enzyklopädie DDR) 600 S. 2500 Stichwörter. Über 100 Abbildungen. 29.80 Fr.
Das Wörterbuch kann Laien und Studienanfängern als kritische Einführung in die Psychologie und besonders deren materialistische Richtung dienen.
PINKUS GENOSSENSCHAFT, Froschaugasse 7, 8001 Zürich

«Verzicht» auch auf Gegendarstellung

Am 21. September, 5 Tage nach der Publikation des Schreibverbots im TA, übergab Niklaus Meienberg dem Verleger Dr. Otto Coninx persönlich die folgende Gegendarstellung:

1. Die Geschäftsleitung des «Tages-Anzeigers» unterstellt mir mit ihrem Communiqué vom 15. 9. 76, dass es bei mir gefehlt habe an «Wahrung von Recht und Würde des einzelnen, Anerkennung des Rechtsstaates Schweiz (. . .)». Diese laut Paragraph 28 ZGB ehrverletzenden Vorwürfe blockieren mich fortan in jedem andern Medium. Ich fordere die Geschäftsleitung auf, diese Unterstellungen zu belegen oder zurückzunehmen.
2. Es stimmt nicht, dass die oben erwähnten Stichwörter bereits früher zu «Schwierigkeiten» mit mir führten. Sie wurden gar nie mit mir diskutiert. Richtig ist, dass ich 1973 drei gründliche Gespräche mit Chefredaktor Stutzer und abschliessend mit der Statutenkommission führte (vgl. nebenstehenden Artikel), welche in der Feststellung gipfelten, ich sei eine für den «Tagi» nicht nur «tragbare», sondern sogar wünschbare «Persönlichkeit». Seither erhielt ich weder mündlich noch fernmündlich noch schriftlich irgendwelche Reklamation von Chefredaktion oder Statutenkommission. Meine «publizistische Grundhaltung» habe ich seit 1973 nicht geändert. Geändert hat sich nur eine Tendenz in der Geschäftsleitung: Tendenzwende.
3. Die Geschäftsleitung schreibt, es sei mir bekannt gewesen, dass sie «mehrere Male ein Auge zugedrückt habe», wenn ich jeweils die «publizistische Grundhaltung überschritten» habe. Weder habe ich bewusst diese Grundhaltung «überschritten» (handelt es sich um einen Nebenfluss des Rubikon?) noch wusste ich um das zugedrückte Auge der Geschäftsleitung. Ich habe ihr nie ins Auge geblickt, weder ins zugedrückte noch ins offene. Ich habe nie mit dieser Geschäftsleitung irgendwelchen Kontakt gehabt. Meine Geschäfte wurden immer von Redaktoren geleitet.
4. Es ist mir deshalb schleierhaft, wie die Geschäftsleitung auf meine Mitarbeit «verzichten» kann, die sie gar nie gehabt hat. Ich bin weder Buchhalter noch Computerfachmann, sondern Journalist und also Mitarbeiter der Redaktion, welche auch weiterhin nicht auf mich «verzichten» möchte.



Mittwoch, 15. September 1976

In eigener Sache

Der «Tages-Anzeiger» verzichtet auf eine weitere Mitarbeit von Niklaus Meienberg

Der «Tages-Anzeiger» will als unab- hängiges Informationsunternehmen zur selbständigen Meinungsbildung und Unterhaltung beitragen. Den Rahmen für die redaktionelle Arbeit bildet die im Redaktionsstatut festgelegte publizistische Grundhaltung. Diese Grundhaltung verschafft der Redaktion und ihren Mitarbeitern Freiheiten. Schon damals wurde überlegt, ob nicht auf seine weitere Mitarbeit zu verzichten sei.

Niklaus Meienberg ist auf seine Art eine eindrückliche, unbequeme, klassenkämpferische, offene Persönlichkeit. Die Grenzen der publizistischen Grundhaltung hat er schon früher überschritten. Die Geschäftsleitung drückte mehrere Male ein Auge zu. Niklaus Meienberg wusste darum. Seine neuesten Artikel zeigen, dass seine Persönlichkeit und seine Art und Weise zu schreiben mit unserer publizistischen Grundhaltung endgültig nicht zu vereinbaren sind. Die Frage nach der Glaubwürdigkeit unserer Zeitung und der Verantwortung gegenüber unseren Lesern bringt uns heute dazu, auf eine weitere gelegentliche Mitarbeit zu verzichten.

Die Geschäftsleitung

5. Den sehr zahlreichen Leserbrief-Schreibern und Freunden der Pressefreiheit kann ich vorläufig nur sagen, was schon die Soldaten der Französischen Republik dem Volk zugerufen haben, als 1798 mit ihrer brüderlichen Hilfe die wurmstichige Herrschaft der Patrizier in unserem Land zerschmettert und zugleich die Pressefreiheit eingeführt wurde: SALUT ET FRATERNITE! PERISSENT TOUS LES TYRANS!

Niklaus Meienberg

Schon Gelegenheit gehabt . . .

Im «Tages-Anzeiger» hat man diese Gegendarstellung vergeblich gesucht. Am 11. Oktober haben wir Herrn Dr. Coninx deren Abdruck im «konzept» angekündigt und ihn zu einer Stellungnahme eingeladen. Insbesondere hätten wir wissen wollen, warum der TA diese Gegendarstellung nicht publiziert hat und weshalb die Geschäftsleitung nicht auf Meienbergs Forderung eingetreten ist, die «ehrverletzenden Vorwürfe» entweder zu belegen oder zurückzunehmen.

Herr Dr. Kaiser, Coninx' rechte Hand, schrieb uns dazu folgendes:

Herr Otto Coninx, unser Geschäftsleiter, ist bis 18. Oktober abwesend. Ich glaube aber in seinem Sinn zu handeln, wenn ich Ihnen folgendes mitteile:

Nachdem Niklaus Meienberg die ihm gebotene Gelegenheit, sich anderorts mündlich und schriftlich (z. B. in der «Leserzeitung») in seiner Sache zu äussern, rege und unbeschwert benützt hat, erledigte sich die Frage der Publikation oder Nichtpublikation der sogenannten Gegendarstellung im «Tages-Anzeiger» von selbst.

Unter diesen Umständen ist es wohl richtig, wenn wir auf eine Stellungnahme zum Text Meienbergs in einem anderen Publikationsorgan verzichten.

Mit höflichen Grüssen
TAGES-ANZEIGER R. Kaiser

In eigener Sache

«das konzept» verzichtet nicht auf eine weitere Mitarbeit von Niklaus Meienberg

«Der ‹Tages-Anzeiger› will als unabhängiges Informationsunternehmen zur selbständigen Meinungsbildung in unserem Lande und zur Vermittlung von Wissen, Bildung und Unterhaltung beitragen.» (Die Geschäftsleitung im TA vom 15. 9. 76, anlässlich der Bekanntgabe des Verzichts auf die Mitarbeit von N. M.)

«das konzept» will das auch. Nur sind wir kein «Informationsunternehmen», sondern ein Alternativblatt. In unseren redaktionellen Richtlinien (die von den Vertretern unserer studentischen Trägerschaften beschlossen wurden) heisst es denn auch, besonderen Wert hätten wir auf Informationen zu legen, die unseren Lesern nicht bereits über andere Massenmedien zugänglich seien.

Niklaus Meienberg, die «eindrückliche, unbequeme, klassenkämpferische, offene Persönlichkeit» (Geschäftsleitung TA) ist seit über vier Jahren auch gelegentlicher Mitarbeiter des «konzepts». Auch wir hatten Meinungsverschiedenheiten mit ihm (siehe «unbequem»); er hat auch tatkräftig mitgeholfen, verschiedene vergilbte Prominenzen aus Freiring und Landessinn auf uns zu erzürnen. Wir sind aber der Meinung, dass Meienbergs Persönlichkeit und seine Art zu schreiben durchaus mit unserer publizistischen Grundhaltung zu vereinbaren sind. Die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Presse- und Meinungsfreiheit und die Verantwortung unseren Lesern gegenüber zwingen uns geradezu, dieser «einzigartigen Spitzenschreibkraft im deutschsprachigen Raum» (Chefredaktor TA) weiterhin ein offenes Forum anzubieten. Mögen die Jung- und Altfreisinnigen von Zürich und Umgebung uns diesen ernst genommenen Liberalismus verzeihen.

Die Redaktion

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.
Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber.
Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.
Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.
Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).
Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 11: 25. 10. 76
Inseratenschluss Nr. 11: 29. 10. 76

redaktionelles ++ redak

Die «konzept»-Redaktion ist wieder komplett: Auf die im April ausgeschriebene Redaktorenstelle (Redaktorinnen wären zwar auch genehm gewesen) hat sich ein kompetenter Mann gemeldet: Bernd Dieter Niebuhr. Er kennt die schweizerische Bildungs- und Hochschulpolitik (übrigens auch die deutsche), hat praktische Erfahrungen mit und in den entsprechenden Gremien und kann dazu noch verständlich schreiben . . .

Apropos Bedingungen: Gemeldet haben sich zwar noch zwei weitere Interessenten, die alle Bedingungen erfüllten – alle bis auf den berühmten kleinen Haken. Die «konzept»-Redaktoren arbeiten zwar viel, verdienen dafür um so weniger. Von den fünfzehnhundert Franken Redaktorenlohn im Semester können auch ganz Bescheidene nicht leben. «konzept»-Arbeit ist eben weitgehend ehrenamtlich. So haben die beiden verzichten müssen – sie bleiben uns aber als Mitarbeiter treu.

Apropos Mitarbeiter: Die sind immer gesucht. Auch beim «konzept». Auch Sie sind eingeladen. Nur keine falsche Angst vor der Schreibmaschine. Haben Sie eine Idee, ein Thema, eine Information, einen Artikel? Rufen Sie uns an oder kommen Sie vorbei . . .

Bis zum nächsten «konzept»
Ihre Redaktion

Uni Konstanz prozessiert gegen Land Baden-Württemberg

Eine Hochschule wehrt sich

Die Universität Konstanz konnte in diesem Jahr ihr 10jähriges Bestehen feiern. Aber rechte Freudenstimmung wollte nicht aufkommen. Die Universität Konstanz fühlt sich bedroht – durch ihre Oberbehörde, das Kultusministerium des Bundeslandes Baden-Württemberg. Sie sieht den «wissenschaftsrelevanten Kernbereich» ihrer Arbeit gefährdet durch obrigkeitliche Eingriffe in die verbrieften Rechte der Universitätsorgane. Deshalb verklagt die Universität die Landesregierung in Stuttgart. Entzündet hat sich der Streit an einem chilenischen Wissenschaftler. Und damit hat die grundsätzliche Affäre auch ihre persönliche und zugleich politische Pointe: Die Stichworte sind Radikalenhatz und Sippenhaftung. Beide Aspekte dieses Falles haben ihre Bedeutung auch in unserem Land: Im Blick auf die jetzigen Bestrebungen, die hiesigen Universitäten noch stärker unter die kantonale Fuchtel zu nehmen, und weil es gerade ein Schweizer, der SVP-Fernseh-Zensor, -Nationalrat und Professor Walther Hofer, war, der seinen BRD-Gesinnungsgenossen – ganz im Sinn hiesiger Praxis – versicherte, der Radikalenerlass in Westdeutschland müsse «viel entschiedener verwirklicht werden». Red.

Am 25. Mai hat der Kleine Senat der Universität Konstanz den Rektor Prof. Frieder Naschold beauftragt, die Möglichkeit einer gerichtlichen Klage gegen den obersten Dienstherren, das Bundesland Baden Württemberg abzuklären. Am gleichen Tag hat eine Vollversammlung von über 1000 Professoren und Studierenden eine Protestresolution gegen das faktische Berufsverbot für den chilenischen Wissenschaftler Mario Duran Vidal verabschiedet.

Der 34jährige diplomierte Wirtschaftswissenschaftler und Handelsökonom Vidal ist an der Universität der chilenischen Hauptstadt Santiago Institutsdirektor gewesen. Nachdem die faschistischen Militärs die Regierung Allende gestürzt und das Land unter ihre Terrorherrschaft gebracht hatten, flüchtete er wie viele andere Intellektuelle und Wissenschaftler nach Argentinien. Dort erreichte ihn 1974 das Angebot der Universität Konstanz: Am 15. März hatte der Kleine Senat, das zentrale Selbstverwaltungsgremium, die Stelle eines wissenschaftlichen Angestellten für das Gebiet «Unterentwicklung und dritte Welt» in den Fachbereichen Geschichte und Politische Wissenschaften bewilligt.

Von jetzt an schien alles nur noch eine Routinesache zu sein. Im April 1974 stellte die Universität Konstanz einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung von Baden-Württemberg in Stuttgart. Rund fünf Monate lang kam keine Antwort. Dann, am 29. 10. 1974, teilte das Innenministerium mit, Professor Vidal werde keine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Er sei ein «Sicherheitsrisiko» für die Bundesrepublik Deutschland. Er sei in Chile Funktionär der Sozialistischen Partei gewesen: Das ist zwar nachweisbar unrichtig; vielmehr ist Vidals Vater Mitglied dieser Partei. Aber wichtiger als die Tatsachen war dem Innenminister der christdemokratischen baden-württembergischen Landesregierung unter Ministerpräsident Filbinger, dass sein Chef schon im Februar 1974 ganz pauschal vor Chile-Flüchtlingen gewarnt hatte: Alle, die vor den Faschisten fliehen mussten, wollten sie nicht ermordet und gefoltert werden, seien *«Terroristen und Gewalttäter»*.

Kein Risiko, aber unqualifiziert . . .

Der Chilene, der inzwischen mit Frau und 2jähriger Tochter in Konstanz eingetroffen war, und die Universität stellten die Tatsachen richtig. Im November beantragte Vidal politisches Asyl. Am 20. Januar 75 wurde ihm dieses gewährt. Also war der Professor doch kein «Sicherheitsrisiko».

Wieder schien die Anstellung des chilenischen Wissenschaftlers nur noch eine Routinesache zu sein. Aber weit gefehlt: Im Januar 1975 bezweifelt das Kultusministerium unter dem konservativen Ex-Theologieprofessor und Erziehungschef Hahn die Qualifikation von Vidal. Der Konstanzer Uni-Rektor Naschold antwortet, Vidal sei im Gegenteil weit qualifizierter, als sein Lehrgebiet es verlange. Die wissenschaftliche Befähigung wird zweifelsfrei nachgewiesen.

Qualifiziert, aber kein Bedarf . . .

Nur noch eine Routinesache, dachten Universität und Vidal, der inzwischen von Geldspenden seiner Konstanzer Professorenkollegen lebte. Der Kultusminister liess sich in der Folge Zeit. Der Beginn des Sommersemesters verstrich. Erst am 22. September 75 kam wieder ein Brief. Es gebe, so wussten die Herren im fernen Stuttgarter Kultusministerium zu berichten, in Konstanz «keinen Lehrbedarf» für Vidals Fachgebiete. Die Universität habe nur einem «chilenischen Anhänger der Allende-Regierung . . . ein berufliches Unterkommen . . . beschaffen» wollen. Immerhin erklärte man sich bereit, dem Wissenschaftler doch einen «begrenzten Lehrauftrag» zu geben. Dieser bringt dem Flüchtling seither 100 DM monatlich. Und dies, obwohl doch kein Lehrbedarf besteht . . .

Kein Geld, viel Sippenhaftung

Auf eine Beschwerde des Kleinen Senats, Vidal werde nun schon jahrelang «diffamierend und skandalös» behandelt, antwortet der Erziehungschef erst nicht; dann, im Mai dieses Jahres, hat Hahn eine neue Begründung gefunden: wegen «Sparmassnahmen» könne der Chilene nicht fest angestellt werden. Die studentische Exekutive macht in ihrer Verlautbarung noch deutlicher, worum es geht; «Bedarf und Qualifikation bieten als Argumente dem Kultusministerium in Stuttgart eine Möglichkeit, Kontrolle über die Vergabe von Stellen auszuüben, ohne diese als *politische Kontrolle*, was sie de facto ist, kenntlich zu machen.» In der Tat ist das viermalige Jonglieren mit Berufsverbotsgründen zu durchsichtig, als dass die *Anwendung von Sippenhaftung und Radikalenerlass* nicht erkennbar wäre.

Die Affäre Vidal, die eine Affäre Hahn ist, ist nur einer unter vielen Fällen. In Hessen darf beispielsweise die Lehrerin Christine Gorski nicht mehr unterrichten, weil ihr Mann von 1968 bis 1973 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gewesen ist. Der beliebten Pädagogin wurde vorgehalten, sie sei 1973 in einem parkierten Auto gesehen worden zusammen mit Leuten, die nach den *Vermutungen* der Staatsschützer die Absicht gehabt hätten, zu einer KPD-Demonstration zu fahren. Familienvater Gorski wird vom hessischen Kultusministerium daran gehindert, seine Ausbildung mit dem 2. Staatsexamen zu beenden. Jetzt verdient er den Lebensunterhalt für Frau, Pflegetochter und sich als Schmelzer oder Pakker.

Vidal selbst äussert sich sehr zurückhaltend. Er nennt das, was er in der BRD erlebt, «vernichtend». Vidal weiss, wovon er spricht: Sippenhaftung und ministerialen Terror kennt er aus dem faschistischen Junta-Chile.

Was darf der Staat?

Nun hat die Universität Konstanz ihre Oberbehörde verklagt: das Verwaltungsgericht Freiburg soll das Anstellungsverbot aufheben. Rektor Naschold sagt: «Das ist nicht mehr als Fall Vidal zu werten . . .» Vielmehr wehre sich die Uni gegen einen «rechtswidrigen Eingriff in die Hochschulautonomie». Entsprechend wendet sich die Klageschrift grundsätzlich gegen «das Verbot, für die von der Universität beabsichtigten . . . Lehrveranstaltungen eine Stelle bereitzustellen». Damit werde «der wissenschaftsrelevante Kernbereich verletzt». Es geht darum, «die Grenzen zwischen dem Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen und den Einwirkungsmöglichkeiten des Staates . . . etwas präziser zu ziehen». Studenten und Dozenten der Bodensee-Universität wehren sich exemplarisch. Denn – so Uni-Justitiar Wex: «. . . bundesweit mehren sich die Beschwerden, dass die staatliche Verwaltung im Umgang mit den Hochschulen ihre Rechte allzu grosszügig auslegt.»

Bernd Niebuhr

P.S.: Vgl. dazu die Uni-Gesetz-Entwürfe in der Schweiz, die insgesamt den staatlichen Einfluss noch verstärken.

«Um einen echten von einem unechten Dienstverweigerer unterscheiden zu können . . . dieser da rechts ist ein echter.»

Der Feind ist überall*

«Es kann sein, dass der Gegner schon in der Zeit der Kriegsgefahr uns mit Sabotageakten und Spionagefällen beunruhigt. Es kann sein, dass er damit nur bezweckt, Unsicherheit und Angst zu erzeugen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen.» Diese Weisheit posaunt der Gesamtverteidigungsknigge «Zivilverteidigung» in alle Haushaltungen.

Jetzt hat der «Gegner». In der Haut eines bulligen, biederen und knausrigen Brigadiers mit Geniessergesicht, der sich im Lausanner «Café des Philosophes» in seinem ureigensten Element fühlte. Und wichtig: Der unablässig vor der «roten Gefahr» warnte. Der Gegner hat. 14 Jahre lang.

Da igelt sich die Schweiz seit 40 Jahren ein. Und nun geht so ein Verräter den Russen alles ausplaudern: die Schlupfwinkel und die schwachen Stellen des Stacheltierchens. Festungen, Mobilmachungsdispositive, Flab-Stellungen. Wer weiss, was sonst noch. Alles futsch!

Tausenden läuft's kalt den Rücken hinunter. Eine Nation bäumt sich auf vor Empörung. Der Läufelfinger Bauunternehmer Karl Flubacher, im Nebenamt auch noch Nationalrat (FdP, BL), ruft nach der Todesstrafe. An eine Wand gestellt gehört er, so ein «hundsgewöhnlicher Lump und Verbrecher».

Von amtlicher Seite wird untersucht. Streng geheim. Fragen machen der Schweiz Bauchweh: Hat er gegen Geld? Muss die Beförderungspraxis unserer höheren Offiziere überprüft werden? Soll er vor ein Sondergericht kommen?

Ich möchte einmal ein paar andere Fragen stellen, weil ich glaube, dass die Antwort auf die obigen nichts Wesentliches ändern wird. Dass auch die Erschiessung des Fehlbaren nichts daran ändern würde.

1. Seit 1948 wurden 111 Spionagefälle zugunsten des Ostblocks aufgedeckt und 51 zugunsten des Westens. Woher die Differenz? Könnte sie sich nicht daraus erklären, dass entgegen energischen Dementis unser Verteidigungssystem in die Nato integriert wäre? (Wie ist das zum Beispiel mit den Pluto-Raketen?) Spionage würde sich einfach erübrigen. Indes: Es geht hier nicht darum, den «Fall Jeanmaire» so zu rechtfertigen.

2. Erstaunlicherweise scheint die Affäre um den «Verräter des Jahrhunderts» («Blick») den Glauben an unsre Armee nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt zu haben. Wie viele Millionen, ja Milliarden wird man ausgeben, um die Schweiz neu einzubuddeln, die dann wieder der Bildung abgehen? Das Schweizer Gemüt reagiert auf einen Bunker noch allemal freudiger als auf ein Schulzimmer. Der eine verspricht Sicherheit, im andern schlummert nur ein immenses Risiko.

3. Wie viele, die lauthals vor der «staatsfeindlichen Linken» warnen, die unsern Rechtsstaat zerstören wolle, schicken ihrerseits von Zeit zu Zeit ein dickes Couvert auf irgendeine Botschaft?

4. Was soll unsere Einigelung, unser perfektionistisches Verteidigungskonzept, wenn ein einziger Jeanmaire alles wirkungslos machen kann? Sollte Jeanmaire nicht der Anlass sein, uns einmal zu überlegen, ob all dies noch einen Sinn hat, und Alternativen zu suchen?

Doch halt! Wer solcherlei Fragen stellt, macht sich schon bald des Landesverrats schuldig. Geistigen Landesverrats! Frei nach der September-Nummer der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift», die sich über Jeanmaire ausschwieg, jedoch mahnte: «Ein erstklassiges Reservoir für nachrichtendienstliche Werbung bietet die studentische Linke. Angesichts ihrer mangelnden Loyalität gegenüber ihrem Vaterland und gegenüber ihrer Gesellschaft kann mindestens ein Teil Rekruten für Spionage darstellen.»

Ab sofort ist verdächtig, wer nur schon die Nationalhymne singt. «Trittst im Morgenrot daher . . .»

Franziska Rausser

* *«Soldatenbuch», Seite 132*

Fortsetzung von Seite 2

schienen. Übrigens habe er nirgends behauptet, diese drei Fälle seien repräsentativ.

Nachdem M. seine journalistische Methode nochmals wie bei den Stutzer-Gipfelkonferenzen erläutert hatte, erklärten sich die Herren im grossen und ganzen für befriedigt; die Missverständnisse seien nun ausgeräumt, hiess es. Darauf wurde die Tafel aufgehoben.

PS. Nachdem am 15. September 1976 das Schreibverbot für NM von der Geschäftsleitung im «Tagi» bekannt gemacht worden war, wurde der Delinquent am 1. Oktober 1976 von Chefredaktor Stutzer empfangen. Es sei nichts mehr rückgängig zu machen, sagte Stutzer. Er habe den Beschluss der Geschäftsleitung nicht begrüsst, andrerseits habe er für M. auch nichts unternehmen wollen, weil dieser ein «Quod-erat-demonstrandum-Journalist» sei und etwas Jesuitisches habe. (Stutzer alias Janus ist zugleich Mitglied der Geschäftsleitung und der Redaktion und weiss nicht, auf welcher Hochzeit er tanzen soll.)

IV. Akt

Gespräch Meienberg/Coninx (Dr. Otto) vom 21. September 1976, 15.05–15.55 Uhr

Im kahlen Chefbüro im dritten Stock empfängt C. den M., nachdem am 15. Sept. M. seine definitive Abhalfterung aus dem «Tagi» entnommen hatte; nachdem in seinen sechs Jahren Mitarbeit M. nie irgendwelchen Kontakt (mündlich, fernmündlich oder schriftlich) mit dem Verleger/Besitzer gehabt hatte, auch nicht mit andern Herren von der Geschäftsleitung.

C. las ab Blatt dem M. einige Punkte vor: Er habe ihn schon immer als einen Revoluzzer betrachtet, andrerseits auch als einen engagierten Menschen, der gut schreibt und sich immer für die Schwächeren eingesetzt habe, jedoch auf eine Weise, welche mit der publizistischen Grundhaltung nicht mehr zu vereinbaren sei. Es habe schon immer, seit der M. schreibe, Schwierigkeiten gegeben, und viele Sitzungen seien nötig gewesen jeweils nach der Publikation der M.schen Artikel, die durch Eigenwilligkeit und Aggressivität aufgefallen seien.

Es sei nicht gut, dass M.s Artikel immer hätten redigiert werden müssen und die Redaktion ihm quasi wie ein Kindermädchen immer habe hinterherlaufen müssen und den Unrat aufwischen; ein guter Artikel habe es nicht nötig, redigiert zu werden, und ein guter Journalist wisse es einfach, habe es in den Fingerspitzen, was er noch schreiben könne. Dieses Wissen sei bei M. nicht vorhanden gewesen. *«Wir als Zeitungsmacher* können das nicht akzeptieren, was Sie schreiben»; auch sei es nicht mehr das gleiche, ob M. *heute* einen Artikel in die Zeitung schreibe oder vor vier Jahren, heute sei er nämlich prominent geworden und man müsse seine Sachen deshalb noch viel sorgfältiger betrachten.

Es habe kein Inserentendruck stattgefunden, sondern er, Otto C., habe ganz allein entscheiden müssen, dass M. nicht mehr tragbar sei; er habe sich diesen Entscheid in langem Ringen abringen müssen, obwohl er sonst sozusagen nie in die Affären der Redaktion persönlich eingreife.[1]

«Ich greife sonst sozusagen nie persönlich in die Affären der Redaktion ein.» (C.)

Die letzten drei Artikel, davon vor allem der Geburtstagsartikel für S. Durchlaucht den Fürsten von Liechtenstein, hätten den Ausschlag gegeben, aber auch der Artikel über das Töff-Fahren («Blochen in Assen, und auch sonst») und jener über Giscard d'Estaing seien unangenehm aufgefallen, im Töff-Artikel vor allem die obszönen Ausdrücke. Es sei kein Wunder, sagte C., dass es mit solchen Artikeln, die vermutlich etwas schnell heruntergeklappert worden seien, Schwierigkeiten gebe.

«Die Redaktion musste wie ein Dienstmädchen immer hinter Ihnen herlaufen und den Unrat aufwischen.» (C.)

M. machte den C. darauf aufmerksam, dass er für seine Artikel manchmal drei, vier Wochen recherchiert und formuliert und nie etwas aus der Hand gegeben habe, was er nicht gründlich verifiziert und doppelt kontrolliert habe. Auf die Frage, *wo* er genau gegen die publizistische Grundhaltung verstossen habe, antwortete C., im Artikel über den Fürsten von Liechtenstein. *Was genau* in diesem Artikel, wollte M. wissen, worauf C. entgegnete, auf Details könne er nicht eingehen. Ausserdem brachte M. die gleichen Argumente vor wie bei den Gipfelgesprächen mit Stutzer, was nichts fruchtete. Es war alles schon beschlossen und nichts rückgängig zu machen.

*

[1] Bekannt ist mindestens ein weiterer Fall: In diesem Frühling verfügte Coninx gegen den klaren Willen der zuständigen Redaktion und des Chefredaktors hinweg, dass ein kritischer Artikel über Angebote des Reisebüros Imholz in «seinem» TA nicht erscheinen dürfe. Die Kritik war absolut korrekt und begründet. Aber Reisebüros sind wichtige Inserenten und interessante Druckkunden. (Vgl. «LeserZeitung» vom 5. 10. 76).

«National-Zeitung» kündigt Mitarbeit von Prof. Künzli

Basel, 13. Okt. (SDA) Die «National-Zeitung» hat eine Meldung der «Basler AZ» bestätigt, wonach die Mitarbeit von *Professor Dr. Arnold Künzli*, der vor allem für die Wochenendbeilage tätig gewesen war, aufgekündigt worden ist. Diese Massnahme sei getroffen worden, nachdem sich Künzli geweigert habe, Meinungsverschiedenheiten persönlich mit *Dr. Alfred Peter*, dem Vorsitzenden der Redaktionsleitung, zu besprechen.

(TA) Professor Künzli erklärte uns auf Anfrage, er habe sich *nicht geweigert*, sondern auf zwei Briefe von Peter ganz einfach *nicht reagiert*. Er habe nicht geantwortet, weil die Briefe in einem «unverschämten Ton» abgefasst gewesen seien. Die Sache gehe zurück auf die «Aktion Mario Abutille», in der er mit vier Mitunterzeichnern gegen die «Versetzung des Feuilletonredaktors und Theaterkritikers Abutille in die Lokalredaktion», unterstützt von mehr als hundert Unterschriften, protestiert habe. Auf diese Eingabe habe Peter die erwähnten Briefe geschrieben. Nachdem er, Prof. Künzli, darauf nicht geantwortet habe, sei nun das Kündigungsschreiben eingetroffen. Prof. Künzli hatte von der «National-Zeitung» ein kleines Fixum bezogen.

(«Tages-Anzeiger» vom 14. 10. 76)

Meienberg im «konzept»

Folgende «konzept»-Nummern enthalten Beiträge von Niklaus Meienberg:

9/75 + 10/75:	**Interview mit Ständerat Fritz Honegger,** dem Mann der Wirtschaft
7/75:	**Paris! Paris!** (über den Mai 68 und so)
6/75:	**Strassentheater in Bonn** (Kommentar)
5/75:	**Lebenslauf eines Erschossenen** und **Offenes Brieflein an Kurt Furgler**
5/74:	**Valéry Giscard de l'hypocrisie d'Estaing** (Kommentar)
Dez/73:	**Explosive Archive** (Kommentar)
Okt/73:	**Rassismus in Frankreich** und seine Funktion
Jul/73:	**Régis Debray wirbt für François Mitterrand**
Jun/73:	**Das fette Schwein** (= Pompidou)
Apr/73:	**Geschnetzeltes oder Nach Zürcher Art** – ein Osterspiel
Jun/72:	**Wer will unter die Journalisten?**

Jede Nummer kann gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bezogen werden.

Alle 12 Nummern zusammen 10 Fr.

M – die Pressefreiheit sucht ihren Märtyrer

Schon wieder Meienberg. Die Berichte häufen sich über den offensiven Schreiber, der nun auf ein regelmässiges Einkommen verzichten muss, weil ein mächtiger Verleger ebenfalls zu verzichten wusste – auf M.s regelmässige Beiträge nämlich.

Schwerer als die finanzielle Lage eines «Starjournalisten» wiegt aber die Tatsache, dass «seine» Artikel nun keine angemessene Verbreitung mehr finden; Artikel eines hart Recherchierenden, der auf der Seite der gesellschaftlich Schwächeren engagiert ist und sich dabei von keiner Macht und keiner Persönlichkeit schrecken lässt, ja geradezu fasziniert davon ist, den Mächtigen auf die Pfoten zu schauen und wenn nötig eins draufzuhauen. Ein publizistischer Anwalt des einfachen Volkes sozusagen.

Diejenigen Kreise, die von seiner Schreibmaschinenmunition am meisten ge- und betroffen waren, haben ihm jetzt auch den Lauf abgesägt. Schiessen kann er zwar immer noch, der M., aber seine Kugeln fliegen nicht mehr so weit.

Daran, dass ihm für seine Reportagen, Anklagen und Plädoyers jetzt, nach seiner Abhalfterung vom TA, keine auflagen- und finanzstarke Zeitung mehr offensteht, ist er selbst allerdings nicht völlig unbeteiligt. Denn seit Jahren haben die wenigen wirklich guten, kritischen Journalisten mit Rückgrat (die nicht einfach gegen Honorar und Karriere ihren Geist und ihre Gesinnung prostituieren) ihre Erzeugnisse lieber den grossen bürgerlichen Blättern verkauft als damit eine (auch von Inserentendruck) unabhängige und kritische Presse aufgebaut.

Einerseits ist das absolut verständlich. Auch ein Meienberg muss leben. Kein «konzept», keine «AZ» und keine «LeserZeitung» kann ihm die Existenz sichern. Ausserdem will er mit Recht seine Botschaften möglichst vielen Leuten zugänglich machen. Andererseits hat er doch mitgeholfen, die Auflagen eben des «Tagi» zu erhöhen und die Kassen des «Tagi» zu füllen. Und er musste schon immer damit rechnen, dass der bürgerliche Ast im Blätterwald, auf dem er komfortabel wirken konnte, ihm eines Tages unter dem Hintern weggesägt würde.

Ein Teufelskreis. Das ernste Dilemma zwischen der ökonomischen Lage eines alternativen Journalisten und der ökonomischen Lage der alternativen Presse.

Nun, der Teufelskreis hat eine Ecke bekommen. Die Motorsäge vom Typ «Verlegerfreiheit» hat kurz aufgekreischt und ein Stück Informationsfreiheit abgehauen. Und flugs wird der heruntergeplumpste M. auf einen Sockel gestellt und als personifizierte schweizerische Pressefreiheit bestaunt. M wie Märtyrer. Das passt uns nicht ganz.

Der Bock ging schon lange als Gärtner um. Dutzende von Kollegen des M. sind schon von den Ästen und Zweigen heruntergeholt worden, ohne dass es einen solchen Wirbel gegeben hätte. Die gefallenen Kollegen waren vielleicht nicht so sprachgewaltig, nicht so treffsicher und nicht so grosskalibrig wie der M., aber genauso engagiert und nicht minder wichtig.

Meienberg kann vielleicht nicht viel dafür, dass er jetzt als Held gefeiert wird. Aber wir fürchten, es tut ihm nicht gut. Die Rolle steht ihm nicht. Und wir meinen auch, man sollte vielleicht etwas von der Person Meienbergs wegkommen und dafür über die Nuancen zwischen Pressefreiheit, Verlegerfreiheit und Informationsfreiheit nachdenken. Oder sich z. B. darum kümmern, wie es um die alternative Presse steht. Genauso wie M. auch nie einfach auf eine Person losgeht, sondern immer das Grundsätzliche anvisiert; die Person nur als Aufhänger für ein inhaltliches Anliegen nimmt.

Man müsste jetzt also den Spaten und die Spritzkanne nehmen und das Wachstum der nicht korrumpierten kleinen grünen und roten Sprosse im Blätterwald etwas beschleunigen. M. wäre damit mehr gedient. Dem Leser und uns auch.

Beat Schweingruber, Liselotte Suter

«das konzept» im Gespräch mit der «Gesellschaft für Hochschule und Forschung»

«...Überqualifikation erwünscht»

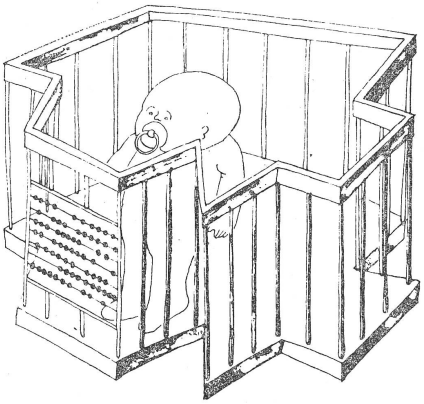
In diesen Tagen beginnt an den Schweizer Hochschulen das Wintersemester. Allein in Zürich sind in diesem Herbst gegen 4000 Neuimmatrikulationen zu erwarten. Die von vielen – eben erst dem Stress der Mittelschulen entronnen – in das Studium gesetzten Hoffnungen auf «mehr Luft» dürften sich in vielen Fällen nicht erfüllen. In den letzten Jahren haben sich die Studienbedingungen in vielen Disziplinen verschlechtert. Unter dem Druck steigender Zugangszahlen wurden Stoffpläne gestrafft, vermehrt Zwischenprüfungen eingeschaltet usw. So verschwindet in zunehmendem Mass auch dort, wo vorläufig noch keine direkten Zugangserschwerungen (Medizin!) bestehen, das letzte Restchen der vermeintlichen «akademischen Freiheit». – Dies sind Folgen des Bildungsbooms der späten sechziger Jahre, hauptsächlich bedingt durch die diffuse Befürchtung, dass die Schweiz ohne zusätzliche Bildungsanstrengungen im internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nicht bestehen könne. In der Zwischenzeit wurde die Angst vor Unterqualifikation durch die Angst vor Überqualifikation abgelöst. Plädierte man damals für eine Erweiterung des Studienplatzangebots, so werden heute – um die Qualität des Studienbetriebs aufrechtzuerhalten – Zulassungsbeschränkungen verlangt. In beiden Fällen dominiert die quantitative Perspektive, qualitative Gesichtspunkte eine umfassende Konzeption für das Bildungswesen, werden meistens vernachlässigt. – Zu diesen Fragen äussern sich in der zweiten Hälfte des «konzept»-Gesprächs mit der «Gesellschaft für Hochschule und Forschung» (GHF) A. E. Schrafl, Präsident der GHF, und deren Geschäftsführer G. Latzel. B. D. N./R. N.

«das konzept»: An den Universitäten herrscht allenthalben Platznot. In einzelnen Disziplinen steht die Einführung von Zulassungsbeschränkungen unmittelbar bevor. Im Zusammenhang mit dem drohenden Numerus clausus sind nun in den letzten Jahren vermehrt Forderungen nach einer grundsätzlichen Reform des postobligatorischen Bildungsbereiches, Forderungen nach einer Gesamtkonzeption für diesen Bildungsbereich laut geworden. Welche Konzeption vertritt die GHF?

Latzel: Anzustreben ist eine Neuordnung des postobligatorischen Bildungsbereichs nach dem Baukastenprinzip, dem Blocksystem. In einem solchen System sind Ausbildung und Praxis oder mit andern Worten akademischer und berufspraktischer Bereich stärker aufeinander bezogen, als dies heute der Fall ist. Damit wird einerseits der Wirklichkeitsbezug der traditionellen Gymnasial- und Hochschulbildung, andererseits der nach unserer Ansicht ungenügende Theoriebezug der Berufsbildung erhöht. Im weiteren schafft ein derartiges System viele Einstiegs- und Abschlussmöglichkeiten und erhöht somit ungemein die Chancengleichheit.

Von wem erwarten Sie die Erarbeitung einer derartigen Gesamtkonzeption? Vom Bund?

Latzel: Nicht nur vom Bund, sondern auch vom ganzen höheren Bildungswesen. Wir sind ja fast die ersten gewesen, die überhaupt darauf aufmerksam gemacht haben, dass man die Hochschulen nicht losgelöst von den Mittelschulen betrachten kann. Zum anderen haben wir immer wieder festgestellt, dass zum Beispiel von den Techniken ein immenses Interesse an einem derartigen System vorhanden ist. Das heisst, wir erwarten nicht, dass der Bund ein derartiges System vorschlägt; aber wir erwarten zumindest, dass im 3. Ausbaubericht des Wissenschaftsrates diese Probleme behandelt werden.



Schweizerische Bildungsplanung: Zählübung im Laufgitter (aus dem SP-info Nr. 6)

Bildung ist keine Beschäftigungsgarantie

Die GHF hat sich in der Frage des Hochschulzugangs im Prinzip für den «Social-demand»-Ansatz ausgesprochen, das heisst, dass sich der Ausbau des höheren Bildungswesens eher nach der individuellen Bildungsnachfrage als nach zahlenmässig relativ exakt fixierten Bedarfsvorstellungen zu richten hat. Nun wird eine Reorganisation des höheren Bildungswesens nach dem Baukastenprinzip nicht nur die Nachfrage nach höherer Bildung sondern auch das «Angebot» von Personen mit tertiärem Bildungsgang erhöhen. In der BRD sind aber schon heute – ohne dass hier die Hochschulen sehr zugänglich wären – viele sogenannte Akademiker arbeitslos. Besteht nicht auch in der Schweiz in zunehmendem Masse ein Konflikt zwischen dem Recht auf Bildung einerseits und dem Anspruch auf qualifikationsadäquate Beschäftigung andererseits?

Latzel: Doch. An sich muss es ja nicht unbedingt ein Privileg des Akademikers sein, nicht arbeitslos zu werden. Er ist an sich schon privilegiert. Überdies stellt man überall fest, dass der Akademiker immer noch die grösseren Berufschancen hat als Personen ohne höhere Ausbildung. Im übrigen verfechten wir ja den «Social-demand»-Ansatz nicht in einer absoluten Form. Wenn alle Schweizer an die Hochschule in der heutigen Form wollten, so erschiene uns dies nicht sehr sinnvoll. Mit der Entwicklung von Alternativen zur heutigen Hochschulbildung wird das ganze Problem zudem entschärft. Das Blocksystem wird die Attraktivität von Ausbildungsgängen, die ausserhalb der heutigen Hochschulen liegen, steigern.

Aber was wollen Sie – etwas überspitzt formuliert – mit der hohen Bildung für den Strassenkehrer? Das rentiert doch nicht . . .

Latzel: Von mir aus. Das finde ich gar nicht so schlimm. Wir leben in einer direkten Demokratie: Diese setzt mündige Bürger voraus; setzt Bürger voraus, die in der Lage sind, Informationen zu verarbeiten, und das setzt ein gewisses Bildungsniveau voraus.

Überqualifikation notwendig

Aber sehen Sie sich zum Beispiel den Vorentwurf für das Berufsbildungsgesetz an. Bezeichnend ist doch hier die Anlehre – bezeichnend für eine starke Schicht in unserer Gesellschaft, die befürchtet, dass die Qualifikation der Beschäftigten über die direkt produktiv verwertbare (und zu bezahlende) Tätigkeitsqualifikation hinausgeht, dass die Beschäftigten «überqualifiziert» sind.

Latzel: Das wird sich langfristig ändern. Zum Teil ist es ja schon heute so, dass Hochschulabsolventen Positionen besetzen, in denen vor 10 Jahren noch keine Akademiker zu finden gewesen sind.

Im übrigen ist ein gewisses Mass an Überqualifikation durchaus erwünscht. Man muss ja die Leute nicht nur ausbilden für das, was man heute tut, sondern auch für das, was morgen gemacht werden muss. Ich glaube, es besteht eher ein Problem der Unter- denn ein Problem der Überqualifikation.

Dies zeigt sich zum Beispiel im Zusammenhang mit der Berufsbildung. Noch vor drei Jahren hat man mit einem Realschulabschluss ohne weiteres eine Lehrstelle gefunden. Dies ist heute bedeutend schwieriger. In immer mehr Fällen ist ein Sekundarschulabschluss praktisch Bedingung. Im übrigen hat man im Zusammenhang mit der Ausländerfrage gesehen, welche staatspolitischen Auswirkungen die Unterqualifikation haben kann.

Flexibilität . . .

Seit Jahren ringen an den einzelnen Universitäten und auf Bundesebene – im Schosse der Hochschul- und der Hochschulrektorenkonferenz – Kommissionen mit den Problemen der Studien- und Strukturreform. Ziel des Lernens und Organisation des Lehrens sind umstritten. Wie schätzen Sie die Qualität der Ausbildung an den schweizerischen Universitäten ein?

Latzel: Betrachtet man die Dozenten-Studenten-Relation oder die finanziellen Aufwendungen pro Student an den einzelnen Universitäten, so gibt es offensichtlich recht unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Lehre betrieben werden soll. Es wäre gut, wenn man sich Überlegungen machen würde, wo in diesem breiten Spektrum für die Schweiz das Optimum liegt.

Im weitern nimmt die Verschulung dauernd zu. Dazu ein Beispiel: Den Biologen in Basel wird im ersten Semester laut Lehrplan der Besuch von gegen 50 Wochenstunden empfohlen. Bei einer solchen Belastung liegt natürlich so etwas wie selbständige Arbeit oder Eigenstudium gar nicht mehr drin. Gleichzeitig ist jedoch das Ziel der Hochschulausbildung ein selbständiger Mensch . . .

Bei einer Umfrage unter unseren Mitgliedern aus der Wirtschaft haben wir festgestellt, dass von den Hochschulabsolventen vor allem zwei Sachen gefordert werden, die heute an den Universitäten nur in sehr geringem Ausmass vermittelt werden: Problemlösungsfähigkeit und Flexibilität. Wir haben uns auch schon überlegt, ob man die Studenten der höheren Semester nicht dazu verpflichten sollte, während eines Jahres als Tutor zu amten, einerseits um ihr eigenes Wissen zu vertiefen, andererseits um mitzuhelfen, die Qualität der Lehre zu verbessern.

. . . und Kommunikationsfähigkeit

Schrafl: Die Studenten müssen auch besser darauf vorbereitet werden, einen eigenen Standpunkt zu vertreten und entsprechend zu kommunizieren. Die Kommunikationsfähigkeit ist – ausser vielleicht bei den Juristen und gewissen Sprachwissenschaftlern – minimal entwickelt. Diese beiden Fähigkeiten sind genauso wichtig wie fachliche Kenntnisse.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aus- und Weiterbildung der Dozenten, und zwar nicht nur in fachlicher, sondern vor allem in didaktischer, pädagogischer und führungsmässiger Hinsicht. Letzteres ist vor allem im Zusammenhang mit der Leitung des Instituts oder Seminars wichtig. Auf eine derartige Aufgabe sind ja die wenigsten vorbereitet. Da kann man noch einiges dazutun.

Reform durch Führung?

Was heisst da Optimierung der Führungsfähigkeit? Heisst das «Herr im Haus», der nun einfach seine Studenten und Assistenten etwas geschickter als bisher zu führen hat?

Schrafl: Ich glaube, diese Vorstellung ist schon lange passé. Heute wird im allgemeinen der partizipative Führungsstil gepflegt. Ich möchte da überhaupt nicht auf die autoritären Vorstellungen zurückkommen, wie sie früher üblich gewesen sind. Für uns ist eine Zweiwegkommunikation, also eine von oben nach unten und eine von unten nach oben, eine Selbstverständlichkeit. Das sind gerade Sachverhalte, die man üben und lernen muss und die man sich nicht einfach zufällig aneignet. Man muss den Leuten auch eine gewisse Angst nehmen, die Angst nämlich, dass solche Kommunikationsmechanismen einem schaden könnten.

Herr Schrafl, Herr Latzel, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Wer ist die GHF? Was will die GHF?

Im September führten zwei «konzept»-Redaktoren ein zweistündiges Gespräch mit GHF-Präsident Dr. Anton E. Schrafl und GHF-Sekretär Günther Latzel. «das konzept» hat in seiner Septembernummer diejenigen Teile des Interviews abgedruckt, in denen die GHF vorgestellt wird und wo sie ihre Kritik an der Bildungspolitik des Bundes formuliert. Die Oktoberausgabe des «konzepts» stellt die inhaltlichen Reformvorstellungen und die Gesamtbildungskonzeption dieser progressiv-bürgerlichen Bildungslobby ins rechte Licht.

Die Septembernummer des «konzept» ist zu beziehen bei der Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8006 Zürich.

Frisch wie mit dreissig

Die deutsche «Welt» hielt Frischs Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels für «erschreckend konformistisch» – weil Frisch sich darin nicht zur Lobpreisung der gesellschaftlichen Verhältnisse bereitfinden konnte. Die Anprangerung der verderblichen Nahtstellen unserer Gesellschaften kommt der «Welt» vor wie das Abrufen von (stereotypen) Daten aus dem Computer-Gedächtnis: Die «Welt» liegt falsch, wenn sie Frischs Ausserungen für konformistisch hält. Frisch war mit 30 nicht so zeitgemäss politisch, wie er es heute mit 60 ist. Richtig liegt sie, die «Welt», weil heute kein Schriftsteller deutscher Sprache von Rang sich zur Lobhudelei des Bestehenden einsetzt, sondern mit den Missständen «konform» diese als solche anklagt. Frischs Rede ist mit den erschreckenden Verhältnissen konform. So kommt denn auch ein anderer namhafter Schriftsteller aus der Schweiz, Prof. A. Muschg, zur Überzeugung, Frischs Rede sei die «gewichtigste Rede eines Schweizer Schrifistellers seit 60 Jahren».

Es stellt sich allerdings die Frage, welche Bedeutung einer solchen Rede zukommt. Der in der Rede vorgetragene Standpunkt und, mehr noch, die Deutlichkeit des Vortrags sind eine neuere Errungenschaft Frischs. Er ist aufgewacht, nicht aus dem Schlaf, sondern aus dem Zustand literarischer Unverbindlichkeit. Vor dieser Tatsache zittern die Rechtfertigungsideologen aus den «Welt»-Blättern. Vor der Wirkung auf das Denken der Millionen Leser von Frischs Literatur, die jetzt auch zu Zuhörern seiner politischen Haltung geworden sind, haben die Priester der bestehenden Zustände Angst, so etwa ein Ständerat Broger (Appenzell) im «Blick». Der dazu völlig Unberufene nimmt denn in seiner Stellungnahme kaum Stellung: «Es sieht leider kaum so aus, dass die Welt je nach den Geboten der Bergpredigt regiert werden wird.» Das heisst doch nichts anderes als: Was wollt ihr anklagen und hetzen, es hat doch alles keinen Sinn!

Statt dem «Schlagt euch das kritische Denken aus dem Kopf» ruft der Angesehene und der Ehrbare, der Sechzigjährige, der kein Strizzi mehr ist, das Gegenteil. Gerade die gesellschaftliche Position dieses zeitgemässen Rufers gibt das Problem auf: Wie ernst ist ihm damit? Wer ihm mit dem «Gantenbein» dahin gefolgt ist, anzunehmen, dass jeder sein Leben, könnte er es nochmals leben, wieder genau gleich leben würde – folgt er ihm jetzt zur Anklage und Überwindung der Miss- und Machtzustände? Und jene, die diese Anklage schon lange leisteten, die seinen «Stiller» und seinen «Gantenbein» nicht kennen – trauen sie diesem plötzlich ertönenden Ruf?

Wer Frischs Rede mitgehört hat, konnte sich ihrer Wirkung nicht entziehen. Was aber darüber hinaus von Bedeutung ist: die Öffentlichkeit seiner Haltung kann ihm auch nachträglich von Propagandisten nicht leicht entzogen werden. Das ist nicht einer, der einfach schlechtgemacht werden kann. Er kann auch nicht leicht ins Abseits der Öffentlichkeit abgedrängt werden. Vielleicht ist es diese Kraft, welche zu wirken vermag. Auf diese Kritik kann man sich berufen. Mit Leuten wie Frisch kann man den unverbesserlich Gläubigen die Vernünftigkeit einer kritischen Haltung aufzeigen. Und eine kritische Haltung hat es bei uns leider nötig, als vernünftig erwiesen zu werden: zu stark ist die Stimme derer, welche unsere kleine Welt anbeten und welche ihre Kritiker verteufeln. R.Küng

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats

kurz, klar und kaum gelogen

Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld und Wald, die Dunkelmänner und Mattscheibenleuchten, das Wort frei.

Heute zum Thema: *Linkskurs* mit H. G. Lüchinger (fdp.)

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» wirbt mit Slogan «Eine für alle, alles in einer». Er will damit seine Überparteilichkeit zeigen. Aber welchen Kurs steuert der «Tages-Anzeiger» tatsächlich?

H.G.L: Der «Tages-Anzeiger» droht von einer ursprünglich ausgewogenen, überparteilichen Tageszeitung zu einem ausgesprochenen Linksblatt zu werden. Vor allem im TA-Magazin, das man wegen seiner hochstehenden unpolitischen Beiträge schätzt, ist der Linkskurs markant.

Antwort original aus dem freisinnigen Pressedienst vom 28. 9. 76

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Ihre Befürchtungen sind unzutreffend, lieber B. I. in O., die Natur hat es noch immer verstanden, sich *veränderten Umweltbedingungen anzupassen.* So hat sich die erwartete Gefährdung des Fischbestandes in Flüssen, die als Kühlwasser für Atomkraftwerke genutzt werden, als unhaltbare Annahme erwiesen. Erst kürzlich ist es einem Biologenteam erstmals gelungen, ein Exemplar der neuerdings vermehrt auftretenden *Forelle blau* lebend zu fangen.

*

Wie sie richtig bemerken, lieben N. O. in N., überflutet die *Nein-Welle* immer wieder unser Land. Aber im Gegensatz zur Pop-Welle, Sex-Welle, zu den (betäubenden) Äther-Wellen oder der sogenannten «weichen Welle» richtet die Nein-Welle jeweils nur geringen bleibenden Schaden an. So sind beispielsweise der letzten Nein-Welle nur Fernsehartikel und staatliche Versicherungspolicen zum Opfer gefallen. Entgegen anderslautenden Gerüchten werden aber *Politiker* jeweils von der Nein-Welle verschont: nach kurzem Aufenthalt in einem Wellental schwimmen sie immer wieder obenauf.

*

Ich bin Ihnen dankbar, lieber M. Oergeli, dass Sie auf die Verwirrung in der Deutschschweizer Presse aufmerksam machen. Sei es durch das völlige Versagen der Korrektoren oder durch böswillige Absicht der Zeitungen, es wurde fälschlich immer wieder über Verhandlungen des Nationalrates über die Zivildienst-Initiative für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen berichtet. Wie Sie richtig bemerken, handelte es sich um die Nationaltat einer Zuvieldienst-Initiative aus gewissen Gründen. Dabei stritten sich prominente Nationaltäter, ob gewisse Gründe gegen den Zuvieldienst als teilbar oder unteilbar anerkannt werden können.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Schweizer Liedermacher 1

Die sechs Liedermacher Ernst Born, Martin Hauzenberger, Fritz Widmer, Walter Lietha, Jürg Jegge und Rolf Probala sind zu Büchermachern geworden. Ihre Arbeitsweise, ihr persönlicher Stil sind in ihrem Buch ablesbar an den je ca. 10 Liedern, verschiedenen Zeichnungen und Photos, Dokumentationen zu den Liedern und Porträts von Aussenstehenden. – Andere Liedermacher – z. B. die aus der Welschschweiz, dem Tessin, dem romanischen Graubünden – werden in einem weiteren der nun jährlich geplanten Bild/Text-Bände über Schweizer Liedermacher folgen.

Das vom Zytglogge-Verlag herausgegebene Buch ist leider recht teuer zu haben: nämlich für 25 Franken.

***Sie brauchen** regelmässig alternative Informationen, die in Ihrer Tageszeitung fehlen –*

«das konzept» braucht Abonnenten!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.*

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):
☐ *November 76 bis Dezember 77 (14 Monate) für 18 Fr. (Ausland 22 Fr.)*
☐ *zum Schülerpreis von 12 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)*
☐ *zusammen mit dem «zürcher student» (Nov. 76 bis Februar 78) für 30 Fr.*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): dk 76/10

Schwache Koordination bei Universitätsgesetzreformen

Selbstgeschneidertes für die Kantone

Unbehindert von Leitvorstellungen über die «Hochschule Schweiz» im Rahmen einer gesamtschweizerischen Bildungspolitik werden gegenwärtig die Strukturen der kantonalen Universitäten erneuert. Und daran wird sich auch in Zukunft kaum viel ändern. Der Entwurf für ein neues Hochschulförderungsgesetz (HFG) kuscht vor dem kräftig gedeihenden föderalistischen Bildungswuchs. Der Finanzierungsmodus des HFG aber stellte bis anhin die einzige Möglichkeit dar, wirksamen Einfluss, wenn auch in sehr bescheidenem Ausmass, auf die kantonalen Universitäten zu gewinnen. Mit der Hoffnung auf die längst versprochenen neuen Bildungsartikel, die grössere Bundeskompetenzen bringen und damit eine brauchbare Basis für die anstehenden Reformen schaffen sollen, steht es ebenfalls schlecht. Denn bevor neue fortschrittliche Bildungsartikel geboren sind, werden nun kantonale Präjudize geschaffen und mit der eiligen Erneuerung längst überstelliger Schul- und Bildungsgesetzte kantonal-heilige Kühe in Sicherheit gebracht.

Der missliche unkoordinierte Reformeifer kennzeichnet nicht allein die Universitätsgesetzrevisionen. Das gleiche kantonale Vorprellen zeigt sich zum Beispiel auch in der Lehrerbildungsreform. Die Zerrissenheit der bildungspolitischen Reformarbeiten hat System. Zum einen garantiert die eilige Revision der kantonalen Gesetze vor den zu erwartenden Bildungsartikeln am wirksamsten den Status quo. Mit Reformretuschen wird isoliert am «Altbewährten» herumgeflickt und damit eine grundsätzliche

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Diskussion um die Neukonzeption des gesamten Bildungswesens verunmöglicht. Zum andern versucht man diejenigen, die an einer fortschrittlichen Bildungsreform interessiert und entsprechend organisiert sind, in die Enge zu treiben. Mit den eiligen Partialrevisionen werden Sachzwänge geschaffen, um die Reformwilligen vor ein Fait accompli zu stellen.

Auf Bundesebene Feuerwehraktionen

Die bildungspolitischen Instanzen beim Bund beschränken sich auf Feuerwehraktionen, um das Schlimmste zu verhüten. Nachdem die Unigesetzrevisionen längst angelaufen und die entscheidenden Hauptweichen gestellt waren, versuchte das Amt für Wissenschaft und Forschung beim Eidgenössischen Departement des Innern noch etwas zu steuern. Nach dem Motto *«Soviel Eigenständigkeit als möglich, soviel Gemeinsamkeit als nötig»* (das eher Verlegenheit als Maxime zum Ausdruck bringt) schied es jene Bereiche aus, *«wo die gemeinsame Aufgabe Hochschulpolitik durch kantonalrechtliche Besonderheiten nicht in Frage gestellt* ist». Unter denjenigen Punkten, die dringend einer gesamtschweizerischen Koordination bedürfen, figurieren Zulassung und Numerus clausus. Die drohende Diskriminierung der Studenten aus Nicht-Hochschulkantonen durch kantonale Zulassungsbeschränkungen, die einem totalen Fiasko der schweizerischen Bildungspolitik und ihrem kooperativen Föderalismus gleichkäme, steht dermassen im Zentrum, dass man auf wichtige andere Koordinationsbestrebungen vorläufig zu verzichten bereit ist.

Die unmittelbar Betroffenen dieser schiefgelaufenen oder verpassten Struktur- und Studienreformen sind wir Studenten. Wir versuchen im folgenden, eine Reihe neuer Universitätsgesetze unter je einem ausgewählten Aspekt zu betrachten.

Akute NC-Gefahr in Basel?

Bekanntlich hat sich Basel lange geweigert, das von der Schweizerischen Hochschulkonferenz vorgelegte Nichtdiskriminationsabkommen zu unterschreiben. Freilich lässt sich die Regierung nicht viel mehr als moralisch behaften. Das schöne Versprechen wird durch den ersten Grossratsbeschluss, die Kredite nicht zu sprechen, unter den Tisch fallen. Der Bund aber bleibt mit seinem alten wie neuen Hochschulförderungsgesetz ziemlich ohnmächtig. Wie die Meinung des Souveräns ist, zeigt deutlich die Vorlage vom 8. Dezember 1974 zum geltenden Universitätsgesetz, der sowohl im regierungsrätlichen wie im grossrätlichen Entwurf Rechnung getragen wird: *«Der Regierungsrat kann, soweit und solange dies mit Rücksicht auf ein ordnungsgemässes Studium oder auf die durch die Möglichkeiten des Kantons bedingte Aufnahmefähigkeit der Universität erforderlich ist, für bestimmte Fakultäten oder Lehrgebiete die Zulassung zur Immatrikulation sowie die Dauer derselben beschränken»* (§ 38 des Zwischenberichts der Grossratskommission).

> **Basel:** Das geltende Universitätsgesetz datiert aus dem Jahr 1937 mit einer Ergänzung von 1938. 1971 unterbreitete der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Reformentwurf, der die ohnehin schwache universitäre Selbstverwaltung noch mehr schwächt und alle Kompetenzen beim neugeschaffenen Universitätsrat, einem ausseruniversitären politischen Organ, konzentriert. Nach diesem Entwurf wird die Universität von morgen ausgesprochen erziehungsanstaltliche Züg tragen. Der Zwischenbericht der grossrätlichen Kommission vom 6. Mai 1976 zupft etwas am erziehungsanstaltlichen Kraftwuchs, ohne wesentliche Auswüchse zu beschneiden. Der Bericht wird im laufenden September im Grossrat behandelt werden.

Mit dem Numerus clausus werden auch gleich Studienzeitverkürzungen vorgesehen, die – wie längst erwiesen – kaum etwas zur Erweiterung des Studienplatzangebotes, wohl aber sehr viel zur Verschulung und Disziplinierung der Studenten beitragen.

Bildungsdirigismus in Zürich

Der neue Zürcher Entwurf präsentiert sich uns als ein Musterbeispiel technokratischen Funktionsdenkens. Die lebenswichtigen Entscheide für die Universitätsangehörigen werden dem Regierungsrat zugewiesen; so die Beschlüsse über die Errichtung oder Aufhebung von Instituten, die Schaffung der Lehrstellen, die Einführung eines Numerus clausus und die Wahl des Rektors. Letzterer ist sozusagen als verlängerter regierungsrätlicher Arm konzipiert, dem die noch verbleibenden Entscheidungsbefugnisse der verstümmelten, nur verbal hochgehaltenen universitären Selbstverwaltung zufallen.

Dieser kopflastige Staatsapparat wird damit gerechtfertigt, dass so *«eine Beschneidung der Volksrechte bzw. der Kompetenzen der vom Volk gewählten Behörden ausgeschlossen»* werde. *««Demokratisiert» werden somit die der Universität selbst zustehenden Entscheidungen sowie das – in der Praxis überaus wichtige – Verfahren zur Stellung von Anträgen an die Oberbehörden»* (S. 36). Welche Entscheidungen aber der Universität zustehen, wird nicht etwa durch die Universitätsangehörigen, sondern durch die Legislatoren der staatlichen Behörden bestimmt.

> **Zürich:** Die Situation ist durch eine kaum übersehbare Rechtsfortbildung charakterisiert, datiert doch die geltende Universitätsordnung von 1920, die ihrerseits auf dem Gesetz über das gesamte Unterrichtswesen aus der Mitte des letzten Jahrhunderts fusst. Über mehrere Vorentwürfe seit 1968 wurde ein kopflastiges Monstrum entwickelt, das sich im wesentlichen durch seine Machtkonzentration an der staatlichen Spitze und inneruniversitär des Rektorats auszeichnet. Am 7. Mai 1975 verabschiedete der Regierungsrat die Gesetzesvorlage zuhanden des Kantonsrates. Diese steht zurzeit in parlamentarischer Beratung. Hinter die studentische Opposition stellt sich auch die SP mit ihrer Ablehnung des Entwurfs, falls nicht wesentliche Änderungen vorgenommen würden.

Noch deutlicher tritt dieses sehr bedenkliche Demokratieverständnis der Legislatoren zutage, wenn sie gegenüber der gestärkten Universitätsleitung die Mitbestimmung der Universitätsangehörigen «als wichtige Ausgleichsfunktion» begründen. Mitbestimmung wird hier nicht als demokratisches Grundrecht mündiger Bürger verstanden; sie soll einem reibungslosen, effizienten Ablauf der Geschäfte dienen und wird entsprechend zurechtgestutzt.

Die «Brauchbarkeit» einer öffentlichrechtlichen Körperschaft der Studenten etwa wird zwar erkannt: *«Die Kanalisierung der Meinungsbildung unter den Studierenden fördert jedoch nicht nur die Handlungsfähigkeit der Studentenvertreter, sondern ebenso sehr die Funktionstüchtigkeit der Universität bzw. ihrer Gremien»* (S. 42). Aber trotz mehrerer Sicherungen im studentischen Mitbestimmungskonzept, wie massive Untervertretung, Ausschluss bei Berufungen und Schweigepflicht, wird für eine disfunktionale Studentenschaft noch eine besonders wirksame Hauptsicherung eingebaut. Die weitere Existenz einer öffentlichrechtlichen Körperschaft aller Studierenden wird mit einer Kann-Formulierung regierungsrätlichen Verordnungsgnaden anheimgestellt.

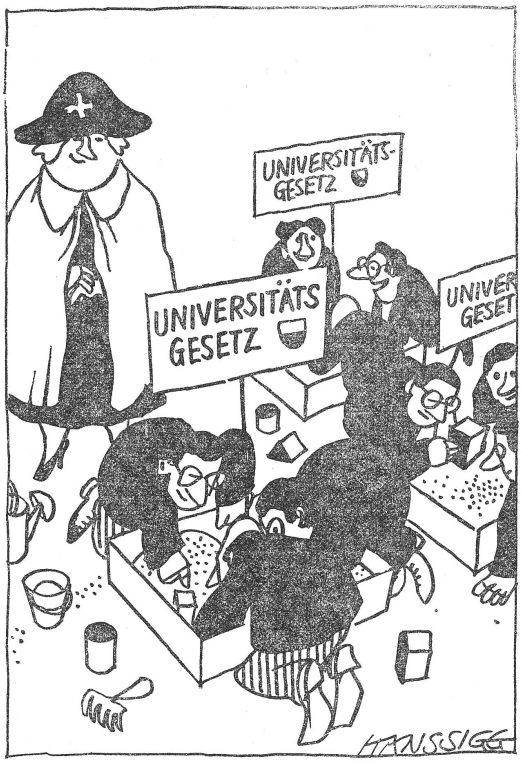
Inzwischen hat die freisinnig-demokratische Kantonsratsfraktion den Vogel abgeschossen: Sie will auf das Universitätsgesetz in der vorgelegten Form nicht eintreten und schlägt eine derart weit hinter die bisherige Diskussion zurückfallende Übergangsordnung vor, dass dieser Rückzug als taktisches Manöver erscheint, den Gesetzentwurf nicht an den bis anhin aufgetretenen Meinungsdifferenzen scheitern zu lassen (Stellungnahme des Kleinen Studentenrates der Uni Zürich). Sinnvolle Delegation von Kompetenzen, Mitwirkung durch die einzelnen Hochschulorgane, Gewährleisten von Anhörung und Rekursrecht, das ist nun das FDP-Rezept statt der verordneten Mitbestimmung. Begründung? Die Mitbestimmungsdiskussion sei nicht genügend ausgereift. Wohin dieser Rückenschuss zielt? Das wird mit der für die Studenten wichtigsten FDP-Forderung klar, nämlich der nach Abschaffung der Zwangskörperschaft, einer Forderung, in der die FDP neuerdings mit der NA einiggeht.

Möchte-gern-Technokraten in der BGBernischen Provinz

«Das Rektorat leitet die Universität. Es ist zuständig für alle Angelegenheiten der Universität, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Organe gegeben ist. Es führt die Geschäfte der Universität, bereitet die Beschlüsse des Universitätsrates und des Senats vor und vollzieht sie. Es ist von allen Beschlüssen universitärer Organe in Kenntnis zu setzen und nimmt soweit nötig Stellung zu Geschäften, welche an die übergeordneten Behörden weiterzuleiten sind» (Art. 49). Das Rektorat als Exekutive ist gleichzeitig wesentlicher Bestandteil der Legislative sowie Aufsichts- und Beschwerdeinstanz – und letztlich ohne Kontrolle. Es scheint nun aber sehr fragwürdig, ob ein so hochkomplexes differenziertes Gebilde wie die heutige Universität nach dem im Entwurf vertretenen Hierarchieprinzip überhaupt sachkompetent und im technokratischen Sinne effizient geleitet werden kann.

> **Bern:** 1969 nahm eine ausserparlamentarische Expertenkommission für ein neues Universitätsgesetz (NUGAPEK) ihre Arbeit auf und verabschiedete 1972 ihren Schlussbericht, den die Studentenschaft damals als «knapp annehmbaren» Kompromiss bezeichnete. Der Verwaltungsentwurf, ausgearbeitet von Dr. André Suter, Adjunkt der Jusitzdirektion, krebst weit hinter die NUGAPEK-Thesen zurück und stiess in der Vernehmlassung auch bei den Dozenten und Assistenten auf Opposition. Die Überarbeitung des Entwurfs zeigt kein wesentlich neues, freundlicheres Gesicht. Es ist daher kaum zufällig, dass mit der grossrätlichen Behandlung lang gezögert und abgewartet wird. Frühjahr 77 oder gar erst Frühling 78 werden als Termine für eine mögliche Inkraftsetzung genannt.

Aus der Zweckbestimmung *«Verfolgung studentischer Interessen im Rahmen der gesetzlichen Universitätsaufgaben und -zwecke»* wird sich eine unabsehbare Kette zäher Streitigkeiten um mögliche Interpretationen ableiten. Das Recht, aus der öffentlichrechtlichen Körperschaft auszutreten (Art. 39), wird kaum zur Klärung der Fragen nach der Repräsentation oder Repräsentativität studentischer Aktionen beitragen.



Freiburg für einmal eher «voraus»

2:1:1-Parität, ein Student in der Berufungskommission, Verankerung der studentischen Körperschaft, ein Numerus clausus wird nicht vorgesehen – das tönt etwas besser als anderswo. Allerdings wird in Freiburg der alte Zopf der Fakultätshoheit auch nicht abgeschnitten. Somit bleiben die Knebel jeglichen Fortschritts – Dahrendorf nannte sie Kartelle der Inaktivität –, die eine Reform der Ausbildungsgänge und damit der Bildungsinhalte im ganzen verhindern. Es wird auch weiterhin hochspezialisierte, einseitig ausgebildete Akademiker geben, die den gesellschaftlichen Problemen mit ihren ökonomischen, sozialen, juristischen und psychologischen Aspekten in keiner Weise gewachsen sind.

> **Freiburg:** Die knappen Gesetze von 1899 und 1970 bleiben, geändert werden sollen die Statuten (von 1956), denen allerdings grösste Wichtigkeit zukommt. Die neuen Statuten wurden am 7. 3. 1975 vom Senat verabschiedet und warten auf ihre Genehmigung durch den Staatsrat.

Kurz vor Abschluss des Legiferierungsprozesses steht nun auch der wichtige Artikel über die Zwangsmitgliedschaft unter Beschuss. Das Thema der sexuellen Repression, behandelt in der Studentenzeitung «Spectrum», löste im katholischen Freiburg heftige Reaktionen aus und wurde von der Freisinnig-Demokratischen Partei zum Anlass genommen, mit einer Motion im Grossen Rat die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft zu fordern (6. Juli 1976).

Die detaillierte VSS-Dokumentation «Universitätsgesetze II» sowie die studentischen Forderungen zu den Themen Leitungsstruktur/Mitbestimmung, Berufungen, Studentenschaft, Immatrikulation, Disziplinarrecht, formuliert auf einem nationalen VSS-Seminar vom 21. 6. 1976 in Bern, können beim VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern, bezogen werden.

VSS erhält weiterhin Geld von Berner Studenten

Das Bundesgericht ist auf eine staatsrechtliche Beschwerde nicht eingetreten, welche dagegen gerichtet war, dass die Kasse für studentische Zwecke der Universität Bern Beiträge an den Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) ausrichtete. Nach Auffassung des Bundesgerichtes ist die Kasse zwar zu einer politisch neutralen Verwendung ihrer von den Studenten aufgebrachten Mittel verpflichtet. Diese Verpflichtung gebe aber den Studenten keinen Rechtsanspruch hinsichtlich der Verwendung der Gelder, den sie auf dem Beschwerdeweg geltend machen könnten.

Möge die Neutralität des VSS auch kritisierbar sein, so das Bundesgericht, sei doch die Studentenschaft Bern Mitglied des Verbandes und diesem daher von Bundesrechts wegen Beiträge schuldig. *«National-Zeitung», 24. 9. 76*

Dritter Ausbaubericht des Wissenschaftsrates

Mit dem *dritten Ausbaubericht des Wissenschaftsrates* sollen bis Ende Jahr «Leitvorstellungen» über die Aufgabe der Universität «in Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildungssystem» zuhanden der «längerfristigen Planung» vorgelegt werden. Wenn es im ersten und zweiten Ausbaubericht vor allem um Probleme des raschen quantitativen Ausbaus der Hochschulen ging, so steht im jetzt in Aussicht gestellten Bericht der *qualitative Aspekt* im Vordergrund: Kritisch gesichtet werden sollen das heutige Studienangebot, die überlieferte Studiengestaltung sowie die Funktionen der Hochschule in der Forschung und Dienstleistung. Gleichzeitig will man Vorstellungen über Leitungsaufgaben und Erneuerungsverfahren im Hochschulbereich formulieren.

Mit der Zielsetzung wird wohl jedermann einiggehen: Eine derartig grundsätzliche Reflexion über unser Hochschulsystem ist längst überfällig. Nach den bisher vorliegenden Entwürfen zu schliessen, ist den Verfassern auch zu attestieren, dass sie mit viel Material und Akribie dem Problemberg zu Leibe rücken. Aber gerade hier ist ein grosses Fragezeichen anzubringen: Ob nicht ein knapper Leitfaden, der die Hauptideen wiedergegeben hätte und der dafür rechtzeitig hätte publiziert werden können, der Sache der Hochschulen dienlicher wäre? Durch kantonale und eidgenössische Entscheide sind vielerorts in den letzten Jahren Faits à complis geschaffen worden, die kein Zurückbuchstabieren auf die Linie des Wissenschaftsrates mehr gestatten werden. VSS

Inserat

Schulthess- Neuerscheinungen für Jus-Studenten

Prof. Dr. R. Hauser / Prof. Dr. J. Rehberg
Vorlesungsskriptum Strafrecht I, Verbrechenslehre
V, 120 Seiten, broschiert, 16 Fr.

Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. U. Haubensak
Tafeln zum Schuldbetreibungs- und Konkursrecht
176 Seiten, in einen A4-Ordner eingelegt, 25 Fr.

Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. I. Meier
Tafeln zum Zivilprozessrecht
114 Seiten, in einen A4-Ordner eingelegt, 25 Fr.

Prof. Dr. H. U. Walder / Dr. I. Meier / R. Ottomann / G. Wiget
Der neue Zürcher Zivilprozess. Ein Handbuch
ca. 320 Seiten, broschiert, Preis noch unbestimmt

Dr. P. M. Gutzwiller / Dr. K. Hug / Dr. F. Meyer / Dr. R. Wengele
Grundriss des schweizerischen Privat- und Steuerrechtes
mit angrenzenden Gebieten und internationalem Recht
XLVIII, 457 Seiten, broschiert, 56 Fr.

Prof. Dr. M. Keller / C. Schulze / K. Schütz u. a.
Die Rechtsprechung des Bundesgerichts im Internationalen Privatrecht und verwandten Rechtsgebieten
Eine systematische Auswertung, Band I: Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht, ca. 560 Seiten, broschiert, ca. 69 Fr.

Schulthess Polygraphischer Verlag AG Zürich
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Studentenschaft der Uni Freiburg:

Politik – im Namen der Moral

In Freiburg hat Ende des Sommersemesters die Juninummer der Studentenzeitschrift «Spectrum» wegen ihres angeblich obszönen Inhalts viel Staub aufgewirbelt. Rund acht Seiten widmete «Spectrum» dem Thema Sexualität, sexuelle Repression oder Homosexualität. Was das «Spectrum» dazu schrieb, hätte anderswo kaum jemanden aufgebracht. Nicht so im katholischen Freiburg. Sexualität oder gar «Propaganda» für Homosexualität ist dort noch immer ein sehr gefährliches heisses Eisen – man denke nur an den «Fall Pfürtner». Doch es geht bei der Freiburger «Spectrumaffäre» nur vordergründig um Sex und seine Moral. Hier wie an andern Universitäten steht in erster Linie die sogenannte «Zwangsmitgliedschaft zu den offiziellen Studentenorganisationen im Kreuzfeuer. Auch in Freiburg wollen konservative und rechtsgerichtete Kreise die Finanzierung der Studentenschaften durch alle Studierenden abschaffen und damit in erster Linie auch deren Zeitungen.

Wollte man den offiziellen Begründungen der CVP, die in Freiburg eine beherrschende Stellung einnimmt, der Radikalen (FDP), des Erziehungsdepartements (Direktor: Max Aebischer, CVP) und des Rektorats glauben, so verlangten sie vom «Spectrum» lediglich die «Hebung des Niveaus» aus katholisch-moralischer Sicht und nicht die Änderung des Inhalts der Zeitung. Gerade der Erziehungsdirektor betonte dies immer wieder.

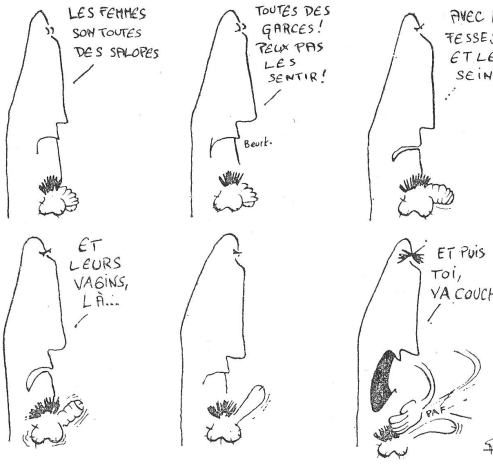
Gewisse Tatsachen deuten aber darauf hin, dass der moralische Einwand gegen die Zeitung eher als politischer Vorwand zur stärkeren Kontrolle kritischer Studenten dient.

Die Mensabesetzung, der Streik am journalistischen Institut und andere Aktivitäten der Studenten mussten Behörden, Klerus und Finanz, die in Freiburg eine recht homogene Masse bilden, schon lange in die Nase stechen. Dazu kommt, dass das «Spectrum» immer wieder kritische Informationen brachte, die bei dem CVP-Meinungsmonopol im Kanton kaum durchgesickert wären. So zum Beispiel als ein Sozialarbeiter des «Release» als marschierender Soldat anlässlich der Hundertjahrfeier der Freiburger Truppen plötzlich ein denkanstössiges Transparent entrollte, wonach der Grossrat die für das «Release» vorgesehene Subvention von 48 000 auf 2000 Franken zusammenstrich; so anlässlich des Nestlé-Prozesses in Bern (Nestlé beteiligte sich mit einem namhaften Beitrag an der Finanzierung des neuen Chemiegebäudes der Naturwissenschaftlichen Fakultät) oder während der Mensabesetzung.

Es musste darum stutzig machen, als nach Erscheinen des letzten «Spectrums» die Angriffe gleich so massiv einsetzten. Plötzlich wollte man die Studenten und die Freiburger Bevölkerung vor dem «primitiven», «obszönen» usw. «Spectrum» schützen. Eine vom Studentenrat angeordnete direkte Abstimmung über die Zeitung wollte dann der Staatsrat aber nicht akzeptieren. In dieser Hinsicht ist es interessant zu wissen, dass für den (begonnenen) Uni-Neubau noch etwa eine Million Franken fehlt die von privaten Geldgebern aufzubringen ist. Diese wollen nicht verärgert sein. Hier wird auch deutlich, welchem «Volk» Staatsrat, CVP und FDP die Lektüre des «Spectrums» nicht mehr zumuten wollen, denn seien wir ehrlich: welcher Arbeiter und welcher Bauer liest schon eine Studentenzeitung? Wohl hatte man auf dem Agef-Büro alle Hände voll zu tun mit dem Verkauf der begehrten Nr. 7, die Interessenten waren aber lauter Professoren und Politiker, die sich für einmal mehr oder weniger verschämt aufs Studentenbüro wagten. Auch der Universitätsrat, ein illustres, stark mit der Privatwirtschaft liertes Gremium, das über den katholischen Charakter der Uni zu wachen hat, holte sich seine Ration.

Wie gesagt, den für den Beginn des Herbstsemesters vorgesehenen autonomen Entscheid der Studenten übers «Spectrum» wollte das Erziehungsdepartement nicht abwarten. Es drohte vielmehr mit der Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft, so dass der Studentenrat in eine Nichtfinanzierung der Zeitung während des nächsten Semesters einwilligen musste. Inzwischen werden sich die Regierung und das Rektorat, zum Teil durch die Studentenverbindungen unterstützt, um eine verschärfte Kontrolle der Zeitung bemühen. Man spricht bereits von einer aus Studenten und Professoren paritätisch zusammengesetzten Kontrollinstanz. Damit hätten sie dann erreicht, was unter dem Deckmäntelchen der Moralität von Anfang an ihr Ziel war: Gängelung kritisch denkender Studenten. Zudem wäre dann die ausgetrocknete Freiburger Presselandschaft wieder trocken genug. Denn die beiden Tageszeitungen mit Monopolstellung für den welschen und den deutschen Kantonsteil, «La Liberté» und die «Freiburger Nachrichten», stehen der CVP zumindest sehr nah. Erziehungsdirektor Max Aebischer ist übrigens auch Verwaltungsrat der «Freiburger Nachrichten».

Es liegt nun an den Studenten, dies zu verhindern, um so mehr, als es nur der Anfang einer umfassenderen Unterdrückungsaktion sein könnte, denn gegen «contestateurs» hat das Erziehungsdepartement noch andere Mittel auf Reserve, wie Max Aebischer bei einer Unterredung mit der «Kommission Zwangsmitgliedschaft» meinte. Deutlich drücken sich auch die Radikalen aus: «Die Geschäftsleitung der FDP, Red.) erinnert daran, dass sie bereits vor 2 Jahren gegen die steten Unruhen (an der Uni, Red.) protestiert hat. Ihre Feststellungen wurden jedoch seinerzeit vom Rektorat kategorisch dementiert. Seither hat sich die Lage verschlimmert . . . Aus diesen Erwägungen heraus hat die Geschäftsleitung beschlossen, vom Staatsrat energische Massnahmen zu verlangen, damit diesen Störungen ein Ende gesetzt wird.»



Dessin de J-P Gos in "Les masturbations", livre en préparation

Illustration aus der umstrittenen «Spectrum»-Nummer

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Dummheit ist lernbar

Bis jetzt kannte man *Jürg Jegge* in einer breiteren Öffentlichkeit vor allem als engagierter Liedermacher, der sich vorwiegend für die Immer-zu-kurz-Gekommenen einsetzt. Anregungen für seine Liedertexte erhält er vor allem aus seiner konkreten Arbeit als Sonderklassenlehrer. Nun hat er diese Erfahrungen in Buchform herausgegeben. Was dabei herausgekommen ist, ist eine der wichtigsten pädagogischen Publikationen seit langem. Hier wird in einer glasklaren Analyse den Wurzeln der sogenannten «Dummheit» nachgegangen und aufgezeigt, welch eine brutale Funktion die bürgerliche Schule im Leben dieser Sonderklassenschüler hat. Dieses Buch beschämt so manchen pädagogischen Wissenschafter vor allem in zwei Punkten: Einmal zeigt Jürg Jegge, dass eine saubere und genaue Analyse sehr wohl gut lesbar präsentiert werden kann; anderseits steht hinter seiner Arbeit eine Menschlichkeit, die unwillkürlich an Pestalozzi denken lässt. Pflichtlektüre für jeden pädagogisch Arbeitenden und Interessierten. (Jürg Jegge: «Dummheit ist lernbar», Zytglogge-Verlag Bern. 21 Fr.)

40 Stunden sind genug

«1889 erklärte die 2. Internationale den 1. Mai zum Kampftag für den Achtstundentag. Heute, 87 Jahren danach, ist die Forderung aktueller denn je: 5×8 Stunden sind 40 – und 40 Stunden sind genug!»

Voraussichtlich Ende 76/Frühjahr 77 wird dem Schweizervolk die 40-Stunden-Woche-Initiative der Progressiven Organisationen POCH zur Abstimmung vorgelegt. Während Wirtschaft und Gewerbe die Initiative heftig bekämpfen, der Bundesrat Ablehnung empfiehlt, sind die Gewerkschaften und Sozialdemokraten gespalten. Die POCH-Broschüre «40 Std. sind genug» fasst Argumente für und gegen die Initiative zusammen. Darüber hinaus ist sie «als praktische Argumentationshilfe gedacht für alle diejenigen, die unseren Kampf um Arbeitszeitverkürzung unterstützen». Zu beziehen bei: POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich, 2.50 Fr.

Albert Einstein

Dass der Begründer der allgemeinen und der speziellen Relativitätstheorie nicht nur eine hervorragende Persönlichkeit der Wissenschaft war, wissen vielleicht viele Leute, und sie denken dabei an die Geige, welche Einstein ausgezeichnet und mit Liebe strich. Dass er aber darüber hinaus auch ein unermüdlicher Streiter für den Frieden und gegen den Militarismus war, wird oft gerne verschwiegen. Einsteins Einfluss auf Friedensbemühungen von Wissenschaftern ist bedeutend; er gilt – mit Russell – als Mitbegründer der Pugwash-Bewegung, einer Vereinigung von Wissenschaftern für den Frieden. Bei Stocker/Schmid ist eine Biographie: Einstein, Schöpfer und Rebell, erschienen, von einem Schüler Einsteins unter Mitarbeit der Sekretärin Einsteins verfasst. Sie sind darum bemüht, sowohl Einsteins Forschungs- als auch seine Friedensbemühungen nachzuzeichnen. Die Biographie ist nicht zuletzt auch darum interessant, weil Einsteins Leben stark mit der Schweiz verknüpft ist.

Isolationshaft

«Todesstrafe auf Raten – Isolationshaft in der Schweiz» heisst eine neue Broschüre, die vom «Komitee gegen Isolationshaft» herausgegeben wurde.

Das Komitee versteht diese Publikation als Teil einer Antwort auf die Stellungnahme der Zürcher Justizdirektion zum Problem der Einzelhaft vom 19. 8. 76. Die Justizdirektion wendet sich darin u. a. gegen «kaum brauchbare Meinungsäusserungen» von Leuten, «die aufgrund ihrer beruflichen Herkunft besser belehrt sein sollten».

Die Lektüre dieser Analyse über eine der «Dunkelzonen» schweizerischer Wirklichkeit soll aufzeigen, dass hier allerdings Belehrung nottut, wenn auch nicht unbedingt im Sinne der Justizdirektion.

Erhältlich beim eco-verlag, Postfach, 8021 Zürich. 5 Fr. 79 Seiten.

Alternativkatalog 2

Auf rund 300 A4-Seiten sind Buchtips, Adressen von Kontaktstellen und Alternativvorschläge betreffend Energie, Landbau, Körper (Ernährung, Medizin, Sex), Bewusstsein (Schwerpunkt Bildung) und Gemeinschaften zu finden. Ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtert den Zugang zu den sehr unterschiedlichen Informationen. Der von der Dezentrale herausgegebene *«Alternativkatalog 2»* kostet 27 Franken (ab 10 Stück Mengenrabatt von 30%!); man erhält ihn durch die Voreinbezahlung des Betrages auf: *Blabla, 36, rue Pierre Péquignat, 2900 Porrentruy, PC 82-8529* und in vielen Buchhandlungen.

Heft 1 des Alternativkatalogs, das über Hausbau, Gemeinschaften, Transport, Kommunikation und Recycling berichtet, kann für 12 Franken nachbezogen werden.

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

treff punkt

Flexibler Jüngling, 26/174, beschnauzt, recht gutaussi., möchte mit einem **hübschen und interessanten Mädchen** eine tiefe und feine Beziehung aufbauen, um sich gegenseitig hinzuwenden und intensiv auszutauschen. Chiffre 2987, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht **mutige, eigenständige und feine Wohnpartnerin** (bis 34) ausserhalb Basels (3½ am Wald) – ob es dann zum Leben reicht, werden wir herausfinden nach vorgängigen Kaffees! Verständnis in jedem Bereich wünscht sich unakad., sich weiterbildender Künstler (Pädag., gepflegt, halblang, 36/176 Nordland-Schweizer, gesund, Nichtraucher). Wann passt es «Dir»? Haben Sie ein Bild – oder «setzen mich ins Bild» unter Chiffre 2994, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ein Träumer, kleiner Dichter und Ritter ohne Furcht, lebensfähig, nicht nur alte Zöpfe, im Gegenteil; auch ohne Rüstung gut anzusehen (Springinsfeld), mit Holzburg, 28, treu und frech, sucht endlich ein **liebes, gescheites, eigenwilliges Mädchen,** am besten etwas über dem grossen Singsang, lieber daneben als dabei, mit Temperament und anderen kopfverdrehenden Kräften. Bildzuschrift an Chiffre 2986, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gutaussehender, sporttreibender, selbständiger, deutscher Dr. Ing. 38/182, weltoffen, mehrsprachig, in Zürich lebend, **wünscht sich warmherzige,** adäquate, nichtrauchende Partnerin, bis 30, für eine erfüllte Zukunft und freut sich darauf, Ihre Bildzuschrift zu beantworten. Chiffre 2971, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE, **Student** (21) sucht nettes Mädchen als Begleiterin für Theater, Konzerte und Kino. Bildzuschriften an Chiffre 2909, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE/FR, Student, 29/180, schlank, sucht lieben, zärtlichen Freund, zum Gernhaben, bis 30jährig, wenn möglich Dauerfreundschaft. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. Chiffre 2908, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürcher Doktorand sucht intelligenten, kultivierten Kommilitonen, von guter Erscheinung und mit «bis»-Neigungen, für gelegentliche Meetings, Bergweekends usw. pp. Dauerbekanntschaft möglich, aber kein Dauerengagement wie Wohngemeinschaft, Ferien usw. Chiffre 2910, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ostschweizer in Zürich, Nichtstudent 30/182, sucht flotten ehrlichen Freund, zum Aufbau einer Freundschaft (evtl. Wohngem. 2–3 Tage wö. gegen finanz. Beteiligung). Nur ernstgemeinte Briefe mit Photo erreichen mich unter Chiffre 2828, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

René, Helga, Jürg, Kaja suchen zwei Mädchen für eine Reise (1–2 Jahre) durch die **USA, Kanada** (evtl. arbeiten) und **Südamerika.** Motto: Geniessen, Rucksack, Zelt; Transport: alle Fortbewegungsmittel und zu Fuss; Reisegeld: ca. 7000 Franken; Abreise: ca. Januar 77. Nähere Auskunft: (041) 23 18 55 (abends ab 20 Uhr), Jürg verlangen.

1978 in Lateinamerika: Ein 25jähriger Deutscher will per Daumen, Bus und Bahn Lateinamerika bereisen. Reisedauer: ein Jahr. Wer gleiches plant, sollte mit einmal schreiben. Meine Adresse: Dieter Jungblut, Benhauser Strasse 7, D-479 Paderborn, BRD.

PEN PAL
neues Magazin
für Kontakt, mit Photo und Adresse, **am Kiosk erhältlich.**

FLOHMARKT

Welche **Zürcher Familie,** deren Sohn in Lausanne studiert, würde ab 1. Oktober 1976 jungen Mann, Student in Zürich, im Austausch für Zimmer und Pension nehmen? Nähere Auskunft: Tel. (021) 71 17 36.

Engagierter Jus-Student oder junger Rechtsanwalt als Beistand für einen **Krankenkasse-Fall** gesucht (dringend). Sich melden bei Frau M. Breitenmoser, Gsteigstr. 2, 8049 Zürich.

SSS studenten-schreib-service

Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten
- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich

Dissertations-Schnell-Druck

Zollinger AG Tel. 710 63 60

USA, Wisc.
Familienaufenthalte für Töchter
von 18 bis 24 Jahren vermittelt
International Summer Camp,
5401 Baden, Tel. 056/22 32 60

30 Jahre
Genossenschaft Literaturvertrieb
Schöne Literatur
Technik und Wissenschaft
Grosses Auslieferungslager Bücher aus der DDR

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2 / Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich
Tel. 01 39 85 12 und 39 86 11

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
deuo **Verwaltungs AG, 8039 Zürich**
Todistr. 48, Tel. 25 73 12

DISSERTATIONEN
druckt exzellent

	bei Expl.	DM pro Seite
von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format	70	3.30
	100	3.45
	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

Angebot anfordern

BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung
Raster billigst!

Semesterarbeiten
Dissertationen
tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Was zu verkaufen? Machen Sie doch ein Kleininserat im «konzept». Für nur Fr. 12.– erreichen Sie das gleiche wie in jeder Tageszeitung und unterstützen zudem «das konzept» damit.

Ihre **DISSERTATION**
druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

CH 77 KALENDER

"Klassenkämpfe in der Schweiz 1977"
13 mehrfarbige Siebdrucke DIN A3 mit Graphiken, Fotocollagen, Karikaturen und Texten zur politischen Situation in der Schweiz, z.B. Frauen, Jugend, Armee, Jura.

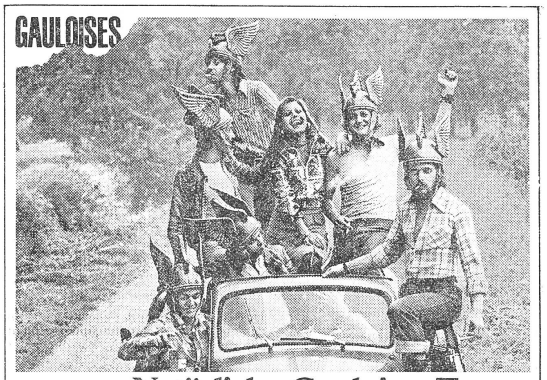
Ich bestelle den CH 77 Kalender Format DIN A3, Preis: Fr. 12.–
(und Porto & Verpackungskosten)

Vor- und Nachname: _____
Strasse / Ort: _____
Unterschrift: _____

Einsenden an POCH-Verlag, Postfach 539, CH - 8026 Zürich Postcheck 80-19940

Sonderangebot bis Ende Oktober: bei Vorauszahlung Porto & Verpackung frei. Geschenk - Tip: 3 Ex. Fr. 30.–

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27



Natürlich...Gauloises-Typen.

Brief aus Bolivien

Lieber Mike,
es ist zwar schon lange her, dass Du mir vorgeschlagen hast, hier in Bolivien der Stadtguerilla beizutreten, mit sicherem Einkommen und Gratisbeerdigung oder so, aber es ist mir eben wieder in den Sinn gekommen, als Möglichkeit, zurück ins Schweizer Alltagsleben einzusteigen und mich vorzubereiten auf eine Rückkehr nach Bolivien! Lach nicht! Es sind zum Teil recht ernsthafte Erwägungen!

Gestern sind wir per Lastauto im ersten Dörfli in Peru eingefahren, am Nordufer des Titicacasees. Und stell Dir vor, im letzten bolivianischen Dorf vor der Grenze haben wir das Glück gehabt, einen Arzt und (R)evolutionär kennenzulernen, der mir wieder Hoffnungen gegeben hat für eine etwas menschenwürdigere und freiere Zukunft Boliviens, wenn auch erst in hundert Jahren.

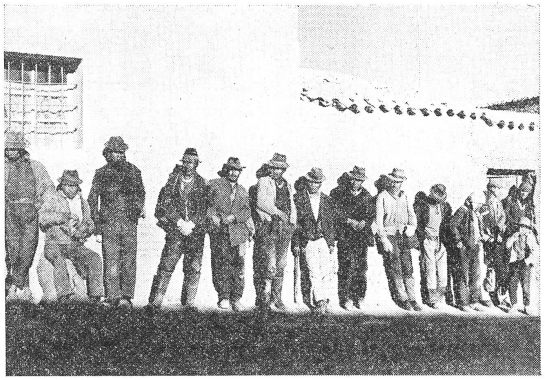
Du weisst ja, dass Bolivien in Sachen Unterdrückung, Folterung, Missachtung der Menschenrechte Chile in nichts nachsteht. Nur weiss die Regierung haarsträubende Tatsachen oft recht gut zu verheimlichen, und jede Menge «Unfälle» sorgen dafür, dass unliebsame Aufmuckser verschwinden oder sonstwie umkommen. Es ist ja so lächerlich, in der Zeitung zu lesen, mit der Subversion sei jetzt aufgeräumt, da sie in Cochabamba den «letzten» Guerillero ermordet haben.

Nach vier Monaten Reise durch Bolivien haben wir so viel unvorstellbare Armut, Misere und manipulierte Unwissenheit und Verdummung angetroffen, totale Ausbeutung der Arbeiter, Minenarbeiter und Bauern und eben, unvorstellbare Unterdrückung und Erstickung im Keim von Versuchen kleiner Änderungen. Die Regierung hat wirklich zustande gebracht, beinahe alle «Subversiven»-Herde zu zerschlagen, und viele haben kapituliert vor der ewigen Furcht, verraten zu werden und für seine Überzeugung das Leben lassen zu müssen. Die allermeisten Studenten – einst voller Ideologie und Kampfgeist – denken nur noch ans «Stützmachen», sobald sie ihren Titel haben. Oder reden nur gross unter ihresgleichen und tun nichts.

Bis wir jenen Arzt getroffen haben, dachte ich wirklich nicht mehr, dass noch einige Leute mit dem richtigen Bewusstsein und dem nötigen Kampfgeist übriggeblieben sind. Nun ist es aber so, dass die KP recht gut entwickelt ist und ihre Leute an so verschiedenen Posten sitzen. Am Beispiel des Arztes versuchen sie, den Bauern aufzuzeigen, wer schuld an ihrer Armut ist und daran, dass einfach keine Medikamente und Hilfsmittel im Spital vorhanden sind, um ihnen zu helfen, da die Regierung überhaupt kein Interesse am Gesundheitszustand der Bauern hat, nur daran, dass sie «dumm» bleiben und nicht merken, was eigentlich vorgeht.

Die Schulbildung auf dem Land ist gleich Null! Die Lehrer dort sind selber Bauernsöhne, wissen kaum mehr als die Schüler selbst, meinen aber, dank ihrer kurzen Ausbildung, sie seien etwas viel Besseres, und sprechen voller Verachtung von den ungebildeten Indios, zu denen sie selbst gehören! Dabei hätten die Lehrer die grosse Möglichkeit, das Bewusstsein zu heben, zu ändern . . .

Ich habe wirklich einmal mehr überlegt, hierher zurückzukommen, etwas besser vorbereitet und informiert, um vielleicht einen – wenn auch kleinen – Beitrag zu leisten für eine bessere Zukunft. Mir kommt es so komisch und unwirklich vor, nach all dem Gesehenen und Erlebten wieder zurück in die mechanische, organisierte, «heile» Schweiz zurückzugehen, mich dem bequemen Leben wieder anzupassen und Bolivien langsam, aber sicher wieder zu vergessen! Mit solidarischem Gruss



Diese bolivianischen Taglöhner in der Provinz von Cochabamba müssen jeden Morgen aufs neue für einen unsicheren und schlecht entlöhnten Arbeitsplatz beim Grossgrundbesitzer anstehen.

Kontinent der Unterdrückung

Argentinien

20 000 politische Gefangene (Schätzung von AI), Entführungen, politisch motivierte Morde und Berichte über Folterungen – das ist die Bilanz der seit März 1976 regierenden Militärjunta. Zivile Rechtsprechung und Arbeitsrecht wurden praktisch aufgehoben und durch eine Form des Kriegsrechts ersetzt; die Verletzung elementarer Menschenrechte hat ständig zugenommen. Besonders die Situation der etwa 60 000 Flüchtlinge aus Chile, Paraguay, Uruguay und anderen von Militärdiktaturen beherrschten lateinamerikanischen Ländern hat sich bedrohlich zugespitzt – immer häufiger werden sie unter Missachtung des Asylrechts in ihre Heimatländer abgeschoben, wo sie Gefangenschaft und Folterungen erwarten. Prominente mit Uno-Flüchtlingsstatus wie der frühere Parlamentspräsident Uruguays, Hector Gutierrez Ruiz, oder der ehemalige uruguayische Senator Zelmar Michelini wurden erschossen aufgefunden; Anfang Juni ermordeten Unbekannte auch den einstigen bolivianischen Präsidenten Juan José Torres in der Nähe von Buenos Aires. Viele Berichte machen für diese Terrorwelle die schon seit längerem zusammenarbeitenden Geheimdienste der beteiligten Militärdiktaturen verantwortlich. Der Flüchtlings-Hochkommissar der Vereinten Nationen hat an alle Regierungen appelliert, Flüchtlinge aus Argentinien aufzunehmen.

Bolivien

Seit der Machtergreifung durch Oberst Hugo Banzer im August 1971 wurden 5000 politische Gegner zur Emigration gezwungen; zeitweise waren (nach Schätzungen von AI) 2000 politische Gefangene inhaftiert. Es gibt zuverlässige Beweise schwerer Folterungen, verlängerter Haft ohne Prozess und willkürlicher Ermordung von Gefangenen – unter anderem in einem Dokument der bolivianischen katholischen Kirche von 1973. In den letzten Jahren wurde die Verfassung durch die Verhängung des Ausnahmezustands praktisch aufgehoben und das Parlament entmachtet; im Juni 1976 besetzte das Militär die Bergwerke, um einen Streik zu unterdrücken, schnitt die Arbeitersiedlungen von der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung ab und verbot sogar den Gottesdienst.

Brasilien

Schwere Folterungen und Mord an politisch Andersdenkenden kennzeichnen die Militärdiktatur seit der Machtübernahme im April 1964. Obwohl Präsident Ernesto Geisel bei seiner Amtsübernahme 1974 eine schrittweise Liberalisierung versprochen hatte, wurden wenig später neue Verhaftungswellen, Morde durch die berüchtigten rechtsradikalen «Todesschwadronen» und das spurlose Verschwinden von Oppositionellen bekannt. 1975 wurden 1500 Menschen verhaftet und viele von ihnen gefoltert; der bekannte Journalist Vladimir Herzog starb an der Folter. Wenig später schmuggelten 35 politische Gefangene ein Dokument aus dem Militärgefängnis von Sao Paulo, in dem 20 Arten von Folterungen beschrieben und die Namen von 233 Folterern – darunter hohe Armee- und Polizeioffiziere – genannt werden. AI hat dieses Dokument veröffentlicht.

Uruguay

Mit einem politischen Gefangenen pro 500 Einwohner hat Uruguay heute die höchste Rate von Inhaftierung aus politischen Gründen in der Welt. Die etwa 6000 Gefangenen sind der Willkür des Militärs ausgeliefert, das seit 1973 mit Notstandsgesetzen herrscht. Folterungen sind zur Routine geworden – AI hat eine Dokumentation über 24 Todesfälle durch Folterungen veröffentlicht. Im Juni 1976 wurde der Regierung von Uruguay eine Petition von AI überreicht, die 350 000 Unterschriften aus 70 Ländern trägt und eine unabhängige Untersuchung der Folterungen fordert.

Guatemala

In einem offenen Brief an den Präsidenten Kjell Laugerud hat im Juni 1976 der Dachverband der guatemaltekischen Studenten erklärt: «Der Terror, den wir seit zehn Jahren in Guatemala erleben, ist unerträglich.» 20 000 Menschen sind – nach Angaben in diesem Schreiben – während dieser Zeit ermordet worden oder verschwunden. Eine der zahlreichen paramilitärischen, mit Wissen der Regierung oder sogar in ihrem Auftrag operierenden Geheimorganisationen hat sogar von 30 000 Gräbern gesprochen. Leichenfunde in Massengräbern wiesen die Zeichen schwerer Folterungen auf. AI hat im Juni 1975 eine Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen der OAS-Kommission für Menschenrechte übergeben.

Haiti

Tausende von Haitianern – Schätzungen schwanken zwischen 3000 und 30 000 – wurden unter der Dynastie der regierenden Familie Duvalier hingerichtet, von der Geheimpolizei ermordet oder zu Tode gefoltert. Eine Million Menschen – ein Fünftel der Bevölkerung – hat das Land verlassen, das 1975 in einem offenen Brief von 32 Einwohnern an den Präsidenten ein «Schlachthaus für Menschen» genannt wurde. Politische Gefangene in unbekannter Zahl werden in Isolationshaft gehalten; Folterungen gehören zur alltäglichen Praxis des Regimes.

Paraguay

Das Land wird von der ältesten Militärdiktatur Lateinamerikas beherrscht; seit 22 Jahren erneuert Staatschef Alfredo Stroessner ständig für Teilgebiete den Ausnahmezustand. Wahllose Verhaftungen und Folterungen haben jede Opposition mundtot gemacht; es gibt politische Gefangene, die seit 17 Jahren ohne Verurteilung in Haft gehalten werden. Die Haftbedingungen sind so schlecht, dass fast alle Gefangenen krank sind; gleichwohl haben Ärzte keinen Zutritt zu den überfüllten Zellen.

amnesty international

Chile

«Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur». Ein Bericht über die Situation an den chilenischen Hochschulen, «das konzept», Nr. 4, April 76

«Wirtschaft und Unterdrückung in Chile», über die Verknüpfung von Wirtschaftsordnung und brutaler Diktatur, «das konzept» Nr. 5, Mai 76

Erhältlich gegen je 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

GENOSSENSCHAFT SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST

HILFE FUER DEN LIBANON

Der Libanon ist geteilt, die Phalangisten wüten, doch die PLO und die fortschrittlichen Kräfte leben.

Sie benötigen unsere Hilfe jetzt!

SKAAL verkauft das palästinensische Kopftuch zu ihrer Unterstützung. Es kann verwendet werden als Tischdecke, Wandschmuck, Hals- und Kopftuch oder als Geschenk.

Grösse: 120 x 120 cm

Farben: weisse Baumwolle; rot oder schwarz bestickt

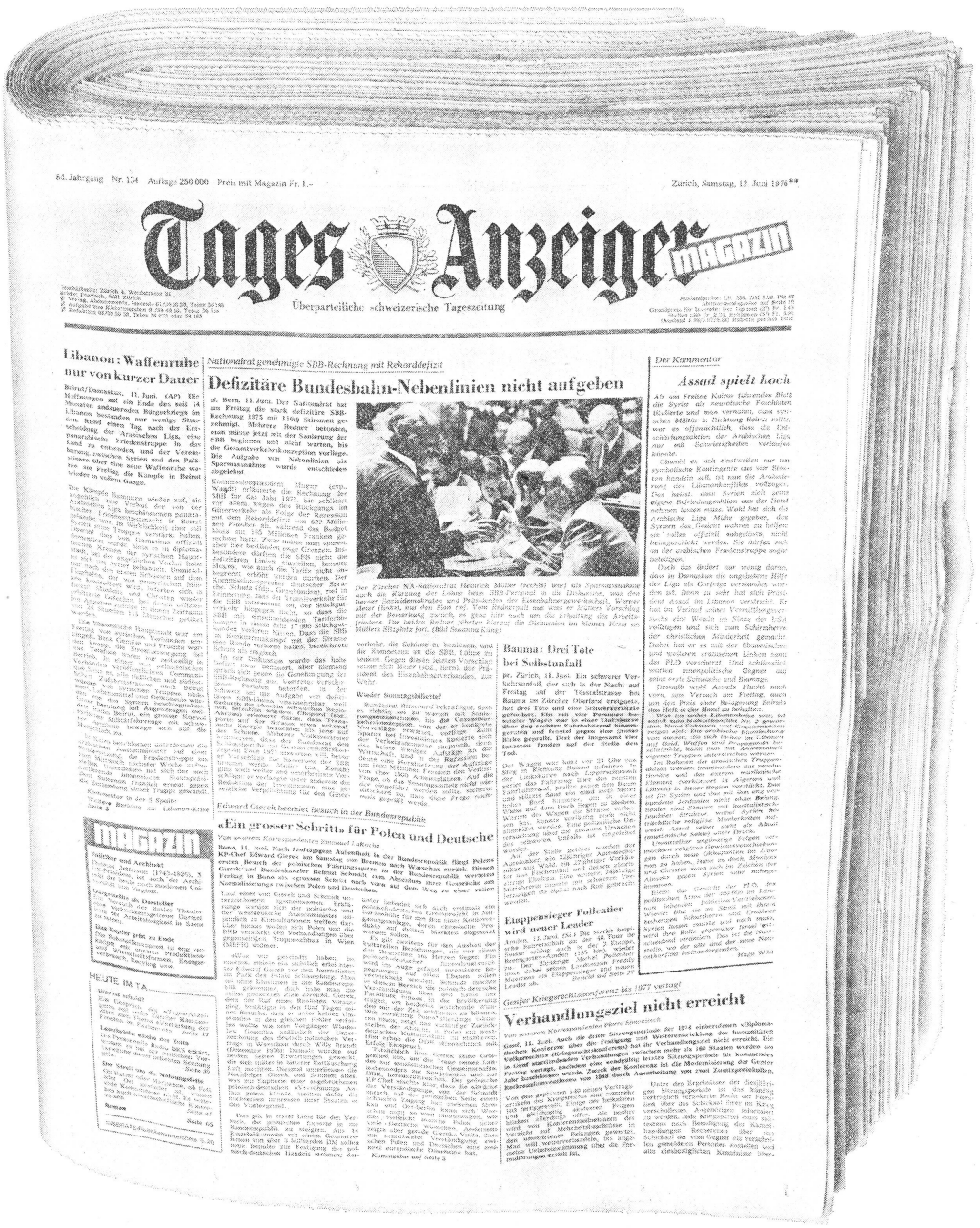
Preis: Fr 18.– plus 2.– Versand

Versand: Tuch kommt ins Haus durch Einzahlung von Fr 20.– auf PCK 40-52'217 SKAAL, Postfach, 4001 Basel

Vermerk: "Tuch rot bestickt" oder "Tuch schwarz bestickt"

Spenden: können auf obiges PC-Konto einbezahlt werden. Bitte Vermerk "Libanon" nicht vergessen. Danke.

Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika



83. Jahrgang Nr. 134 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.– Zürich, Samstag, 12. Juni 1976

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Libanon: Waffenruhe nur von kurzer Dauer

Beirut/Damaskus, 11. Juni. (AP) Die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon beschränken sich nur wenige Stunden. Kaum einen Tag nach der Einschaltung der Arabischen Liga, eine panarabische Friedenstruppe in das Land zu entsenden, und der Vereinbarung zwischen Syrien und den Palästinensern über eine neue Waffenruhe waren am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Kämpfe flammten wieder auf, als Fahrzeuge eines Verbandes der von der Regierung beschlossenen panarabischen Friedenstruppe in Beirut eintrafen. In Westbeirut aber soll Oberst Saad Haddad, Truppen verstärkt haben, Stellungen von Damaskus offiziell erklärte, Syrien habe in diplomatischen Kreisen der syrischen Hauptstadt Damaskus Truppen nach Beirut entsandt. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden auf dem Flughafen von Beirut, wo sich syrische Soldaten und Panzer befinden, und in Ostbeirut, wo sich rechtsgerichtete Christen und Palästinenser gegenüberstehen, wurde erneut gekämpft. Die Kämpfe dauerten mehrere Stunden an. Es ist unklar, ob es sich um syrische Truppen handelt.

Die libanesische Hauptstadt war am Freitag von syrischen Truppen umzingelt worden, die Damaskus und Beirut verbinden. Die Stadt ist bereits seit Monaten von den Kampfhandlungen zwischen den Christen und den Moslems und den Palästinensern geteilt. Die Frontlinie verläuft entlang der Hauptstraße durch die Stadt. Seit Mitte Mai wird die Stadt von einer Blockade der Christen und der Palästinenser heimgesucht. Die Lebensmittelvorräte sind bereits knapp. Die Preise für Benzin und Lebensmittel haben sich in den letzten Tagen verdoppelt. Die Wasserversorgung ist zusammengebrochen. Die Elektrizitätsversorgung ist auf einen Bruchteil der Normalleistung reduziert.

Die Kämpfe zwischen den Christen und den Moslems und den Palästinensern begannen vor 14 Monaten, als die Christen auf die Palästinenser und die Moslems schossen, die gegen die Vorherrschaft der Christen in der Regierung und in der Wirtschaft kämpfen. Die Christen wollen die Palästinenser aus dem Land vertreiben. Die Moslems wollen eine Reform der Verfassung, die den Christen die Vorherrschaft sichert.

Kommentar auf Seite 2

Nationalrat genehmigte SBB-Rechnung mit Rekorddefizit

Defizitäre Bundesbahn-Nebenlinien nicht aufgeben

sf. Bern, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die stark defizitäre SBB-Rechnung 1975 mit 116:0 Stimmen genehmigt. Mehrere Redner betonten, man müsse jetzt mit der Sanierung der SBB beginnen und nicht warten, bis die Gesamtverkehrskonzeption vorliege. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmaßnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommissionspräsident Magnin (cvp, Wallis) präsentierte die Rechnung der SBB für das Jahr 1975, sie schliesse ein allem Wegen des Rückgangs im Güterverkehr als Folge der Rezession mit dem Rekordfehlbetrag von 537 Millionen Franken ab, während das Budget lediglich mit 165 Millionen Franken gerechnet hatte. Zwar müsse man gegenüber der Bundesbahn eine gewisse Grenzen, insbesondere diaflexe die SBB gerade die Mobilität, Komfort, Flexibilität, betonte Magnin, wie auch die Tarife nicht unbegrenzt erhöht werden dürften. Der Kommissionspräsident wandte sich gegen die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsministeriums, das die Verkehrsbetriebe zu Lasten der Bundesbahnen, weil die Bundesbahnen ihre Aufgaben vom Gesetz her erfüllten. Bundesrat Hürlimann wies auf die Schwierigkeiten hin, die die Bundesbahnen auf der Strecke Basel-Delle-Belfort, wo sie wegen der Schwierigkeiten mit der Bundesbahnen, weil sie nicht mehr rentieren, diese der Bundesbahnen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Es gelte jetzt, die Bundesbahnen zu entlasten und ihnen die Aufgaben zu erleichtern, die Frachtpreise zu senken, damit sie wieder mehr Güter bahnen. Bundesrat Hürlimann hat sich der neuen Aufgabe, die Bundesbahnen zu entlasten, gestellt. Es gelte jetzt, die Bundesbahnen zu entlasten